

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2001

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

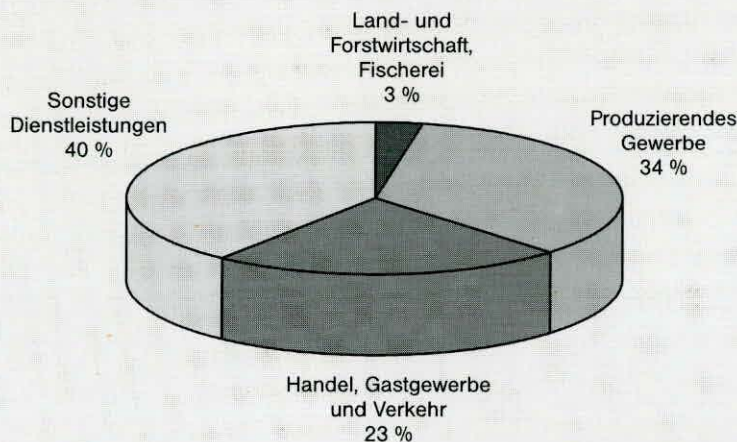
September

Oktober

November

Dezember

Erwerbstätige 2000 nach Wirtschaftsbereichen



Inhalt

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in den Jahren 1996 bis 1999	21	Seit 1997 werden, jeweils für das Vorjahr, Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und Unfälle bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe erfasst. Es hat sich gezeigt, dass sich die mit Abstand meisten Unfälle bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe im Straßenverkehr ereigneten.
Strukturdaten zur Krankenhausversorgung in Rheinland-Pfalz	27	Die Krankenhäuser sind ein wesentlicher Teil unseres Gesundheitssystems. Um eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, eigenverantwortlich wirtschaftenden Einrichtungen zu gewährleisten, bedarf es detaillierter Planungsdaten. Diese liefert die in jährlichem Turnus erhobene Krankenhausstatistik.
Neues Erhebungskonzept für die Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben	31	Das neue Konzept für die Erhebung der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben wurde 1998 eingeführt. Danach war 1999 in den 35 500 landwirtschaftlichen Betrieben nur etwa jede sechste Arbeitskraft vollbeschäftigt. Die Betriebsinhaber und – so weit vorhanden – deren Ehegatten leisten mehr als die Hälfte der auf Vollarbeitskräfteeinheiten umgerechneten betrieblichen Tätigkeiten.
Erwerbstätigkeit 1980-2000 – Ergebnisse des Mikrozensus	37	Im Jahr 2000 gab es in Rheinland-Pfalz erstmals mehr als 1,8 Mill. Erwerbstätige. Die Ergebnisse des Mikrozensus werden im Vergleich der letzten beiden Jahrzehnte beleuchtet.
Kurzbeiträge	42	Verdienste der Angestellten im Oktober 2000
Anhang	9*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	15*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

1 180 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in vier Jahren

Im Zeitraum 1996 bis 1999 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz 1180 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen. In 324 Fällen kam es zu einer Verunreinigung von Oberflächengewässern. Die freigesetzte Menge von Schadstoffen konnte durch ein Verhindern des weiteren Auslaufens in 139 Fällen begrenzt werden. In 43 Fällen wurden als Sofortmaßnahme schadhafte Behälter oder Anlagenteile abgedichtet, in 57 Fällen die wassergefährdenden Stoffe in andere Behälter verbracht. Um die Schäden durch die dennoch freigesetzten Mengen in Grenzen zu halten, wurden in 162 Fällen Bindemittel aufgebracht und in 151 Fällen Sperren in die betroffenen Gewässer eingebracht. Trotzdem führten die Verschmutzungen in sechs Fällen zu einem Fischsterben. Der auslösende Unfall ereignete sich in zwei Fällen beim Transport wassergefährdender Stoffe mit Straßenfahrzeugen, in zwei Fällen bei der Lagerung und jeweils in einem Fall beim Umschlagen und der innerbetrieblichen Beförderung wassergefährdender Stoffe. kg

Mehr über dieses Thema auf Seite 21.

Nur jede sechste Arbeitskraft in landwirtschaftlichen Betrieben vollbeschäftigt

1998 wurde im Rahmen der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes das so genannte Personengruppenkonzept zur Erfassung der Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben eingeführt. Anlass für die Einführung war der Wunsch, die Kriterien für die sozial-ökonomische Betriebstypisierung der Agrarstatistik und der Testbuchführung anzugleichen sowie alle vier Jahre regionale Ergebnisse zur Verfügung zu haben. Die Familienarbeitskräfte und die familienfremden Arbeitskräfte sind nach dem neuen Konzept einer von vier Arbeitszeitgruppen zuzuordnen.

1999 war in den landwirtschaftlichen Betrieben in Rheinland-Pfalz nur jede sechste Arbeitskraft vollbeschäftigt. Rund 54% der Arbeitskräfte gehörten zu den gering Beschäftigten. Es handelt sich bei ihnen vielfach um die im Wein-, Obst- und Gemüsebau eingesetzten Saisonarbeitskräfte.

Mit zunehmender Betriebsgröße steigt der Anteil der Betriebe mit vollbeschäftigten Arbeitskräften. In der Größenklasse 2 bis 5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche verfügen weniger als 21% der Betriebe über vollbeschäftigte Arbeitskräfte; in der obersten ausgewiesenen Größenklasse (100 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche und mehr) beläuft sich der Anteil auf 95%.

Die Produktion von Wein und Obst gehört zu den arbeitsintensiveren Produktionsverfahren, wobei ein beachtlicher Teil der Arbeiten nur saisonal anfällt. Die

16 000 Dauerkulturbetriebe, zu denen die Wein- und Obstbaubetriebe gehören, beschäftigen daher auch rund 60% der gering Beschäftigten. Von den Vollbeschäftigten arbeiten 46% im Wein- oder Obstbau. Die 9 000 Futterbaubetriebe haben überwiegend Vollbeschäftigte (23%). Gering Beschäftigte werden kaum (8%) eingesetzt. Marktfruchtbetriebe (7 000 Betriebe) haben im Gegensatz dazu einen Anteil von 20% an den gering Beschäftigten und 15% an den Vollbeschäftigten. bd

Mehr über dieses Thema auf der Seite 31.

4,4 Mrd. DM für die stationäre Versorgung

Die 104 allgemeinen Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz hielten im Jahr 1999 annähernd 26 000 Betten vor. Im Jahresverlauf wurden mehr als 780 000 Patientinnen und Patienten stationär versorgt. Um ihr Wohl sorgten sich mehr als 45 000 Personen, darunter mehr als 5 400 Ärztinnen und Ärzte. Insgesamt wurden rund 7,3 Mill. Pflegetage erbracht. Von der Aufnahme bis zur Entlassung verbrachten die Patientinnen und Patienten im Durchschnitt rund neun Tage in den Einrichtungen, die damit eine Bettenauslastung von 78% erreichten.

In den Krankenhäusern fielen Gesamtkosten in Höhe von gut 4,4 Mrd. DM an, von denen mehr als zwei Drittel als Personalkosten und knapp ein Drittel als Sachkosten verbucht wurden. Je stationär versorgtem Behandlungsfall wurden im Durchschnitt rund 5 500 DM an pflegesatzfähigen Kosten aufgewendet. Je Pflegetag fielen Kosten in Höhe von rund 590 DM an. Damit lagen die Kosten je Patient etwa gleich hoch wie im Vorjahr. Die Kosten je Pflegetag hingegen sind gegenüber 1998 um 4,4% gestiegen. re

Mehr über dieses Thema auf Seite 27.

Immer mehr Frauen erwerbstätig

Im Jahr 2000 waren erstmals über 1,8 Mill. Menschen in Rheinland-Pfalz erwerbstätig. Das entsprach einer Erwerbstätigenquote von fast 45%, die damit um 1,7 Prozentpunkte über dem Anteil von 1980 lag.

Während die Gesamtzahl der Erwerbstätigen 2000 im Vergleich zu 1980 um etwas mehr als 15% (237 000 Personen) zunahm, nehmen heute mit 768 300 Beschäftigten rund 38% mehr Frauen eine Berufstätigkeit wahr als vor zwanzig Jahren. Bei den Männern gingen im letzten Jahr nur 25 000 Personen oder 2,5% mehr einer Beschäftigung nach als vor zwei Jahrzehnten.

127 000 Erwerbslose bedeuteten im Jahr 2000 einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 3,2%. Damit waren mehr als dreimal so viele Personen ohne Arbeit wie 1980. Jedoch lassen günstige Wirtschaftsprognosen ein Sinken der Erwerbslosenquote erhoffen.

Der Anteil der Erwerbspersonen als Summe aller Erwerbstätigen und Erwerbslosen an der Bevölkerung lag 1990 am höchsten. Im letzten Jahr betrug er 48,1%. Die Zahl der Nichterwerbspersonen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen, erreichte im Jahr 2000 mit 51,5% den niedrigsten Stand innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte.

In ihrer beruflichen Stellung vollzog sich bei den Erwerbstätigen ebenfalls ein Wandel. Während es im Jahr des Jahrtausendwechsels fast 40 000 oder 27% Selbstständige mehr gab als 1980, lag der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen nur noch bei 1% gegenüber 4% vor zwanzig Jahren. Nicht zuletzt durch die Privatisierung von Bundesbahn und Bundespost sowie weiterer Teile des öffentlichen Dienstes versahen im Jahr 2000 nur noch 130 000 Beamte ihren Dienst in rheinland-pfälzischen Behörden, während es 1980 noch 147 000 waren. Der Anteil der Angestellten hat sich in den Vergleichsjahren um 4 Prozentpunkte erhöht. Bei einem Rückgang um 13 000 Beschäftigte war der Anteil der Arbeiter mit 36% im Jahr 2000 gleich dem der Angestellten vor zwei Jahrzehnten.

Seit 1995 waren in fast allen Wirtschaftsunterbereichen mit dem Schwerpunkt „Dienstleistungen“ die größten Zunahmen an Erwerbstätigen zu verzeichnen. So zählten z. B. Handel und Gastgewerbe 50 000 oder 18% Beschäftigte mehr als fünf Jahre zuvor. Den größten Anteil an Erwerbstätigen verzeichnet jedoch nach wie vor das verarbeitende Gewerbe. za

Mehr über dieses Thema auf Seite 37.

Dienstleistungsstatistik nimmt Gestalt an

Nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik und zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften durch den Deutschen Bundestag hatte auch der Bundesrat am 1. Dezember 2000 dem Gesetz im zweiten Durchgang zugestimmt. Es trat am 1. Januar 2001 in Kraft. Auf der Grundlage dieses Gesetzes ist es nun möglich, den Dienstleistungssektor in Rheinland-Pfalz vollständiger als bisher statistisch zu erfassen und über die Strukturen und deren Entwicklung in diesem Bereich jährlich zu berichten.

Die amtliche Statistik deckt den Dienstleistungssektor zurzeit nur in Teilbereichen ab, obwohl ihm für die wirtschaftliche Entwicklung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft eine wachsende und heute schon überarra-

gende Bedeutung zukommt. So wurden 1999 rund 66% der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich erbracht. Bislang sind lediglich die Dienstleister aus Handel, Gastgewerbe, dem Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie dem öffentlichen Bereich in der Statistik berücksichtigt. Künftig werden auch die so genannten unternehmensnahen Dienstleister und die Unternehmen der Wirtschaftsbereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Wohnungswirtschaft in die statistische Berichterstattung einbezogen.

Die Dienstleistungsstatistik wird künftig einmal jährlich als Stichprobenerhebung mit Auskunftspflicht bei im Bundesdurchschnitt höchstens 15% der Unternehmen oder Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit durchgeführt. Die Erhebung ist so angelegt, dass für die Bundesländer repräsentative Ergebnisse in angemessener fachlicher Gliederung ermittelt werden können. Neben allgemeinen Angaben zur Kennzeichnung des Unternehmens bzw. der Einrichtung (Rechtsform, hauptsächlich ausgeübte wirtschaftliche Tätigkeit sowie Zahl der Niederlassungen) werden Angaben zu Beschäftigten, Personalaufwendungen, Umsatz bzw. Einnahmen, Vorleistungen (z. B. bezogene Waren), Steuern, Subventionen und Investitionen erbeten. Für kleinere Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 250 000 Euro jährlich ist der Fragenumfang deutlich reduziert.

Mit der neuen Dienstleistungsstatistik wird Deutschland in die Lage versetzt, auch die Anforderungen der Europäischen Union zur Berichterstattung über die Unternehmensstrukturen im Dienstleistungssektor zu erfüllen. Die neue Erhebung wird auch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Darstellung des gesamten Dienstleistungsbereichs erheblich verbessern.

Die erste Erhebung findet Mitte 2001 für das Berichtsjahr 2000 statt. Erste Ergebnisse werden Mitte 2002 erwartet. kl

Tourismus weiter im Aufwind

Die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrs- und Beherbergungsbetriebe konnten im November des Jahres 2000 fast 530 000 Gäste begrüßen. Das waren 8,5% mehr als im November 1999. Die Übernachtungszahlen nahmen um 7,6% auf über 1,4 Mill. zu. Nach einer erfreulichen Hauptsaison konnte die Tourismusbranche damit auch im ersten Monat der Nebensaison Wachstumsimpulse verzeichnen.

Im Zeitraum Januar bis November 2000 stiegen die Gästezahlen um 5,4% auf über 6,8 Mill. Die Übernachtungen nahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6% auf 21,2 Mill. zu. el

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in den Jahren 1996 bis 1999

Seit 1997 werden, jeweils für das Vorjahr, Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (§ 12 Umweltstatistikgesetz) und Unfälle bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe (§ 14 Umweltstatistikgesetz) erfasst. Auskunftspflichtig sind die nach Landesrecht für Anzeigen über Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen zuständigen Behörden. In Rheinland-Pfalz sind das die unteren Wasserbehörden bei den Landkreisen und den kreisfreien Städten. Ergänzend werden Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen im Schiffsverkehr von der Wasserschutzpolizei erfragt.

Die Erhebungen knüpfen an die von 1975 bis 1995 jährlich erstellten Statistiken der Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe an. Da sie sich aber hinsichtlich des Umfangs und der Erhebungsmerkmale von diesen unterscheiden, ist eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse nur sehr eingeschränkt möglich.

Im Folgenden werden begriffliche und methodische Erläuterungen zu den Statistiken der Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen gegeben und die wichtigsten Ergebnisse der Jahre 1996 bis 1999 dargestellt. Sachlich und regional tiefer gehende Ergebnisse für die einzelnen Jahre werden in dem jährlich erscheinenden Statistischen Bericht „Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen“ veröffentlicht. Auswertungen nach bestimmten Merkmalen oder Merkmalskombinationen können vom Sachgebiet „Umwelt“ des Statistischen Landesamtes auf Anfrage individuell erstellt werden.

Definition und Klassifikation wassergefährdender Stoffe

Wassergefährdende Stoffe sind überwiegend feste und flüssige Stoffe, die geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische und biologische Beschaffenheit stehender und fließender oberirdischer Gewässer sowie des Grundwassers nachteilig zu verändern. In einer Verwaltungsvorschrift zum Wasserhaushaltsgesetz werden wassergefährdende Stoffe entsprechend ihrer Gefährlichkeit in Wassergefährdungsklassen eingestuft. Zusätzlich gelten alle Stoffe als wassergefährdend, die von den Herstellern selbst als wassergefährdend eingestuft werden sowie vorsorglich alle Stoffe und Zubereitungen, deren Wassergefährdungsklasse bisher nicht sicher bestimmt ist. Lebens- und Futtermittel sowie Jauche, Gülle und Silagesickersaft können Wassergefährdungen verursachen, werden aber grundsätzlich nicht eingestuft.

Die wassergefährdenden Stoffe wurden gemäß ihren physikalischen, chemischen und biologischen Eigenschaften bisher in vier Wassergefährdungsklassen (WGK) eingestuft:

- WGK 0: im Allgemeinen nicht wassergefährdend
- WGK 1: schwach wassergefährdend
- WGK 2: wassergefährdend
- WGK 3: stark wassergefährdend

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 1996-1999 nach Wassergefährdungsklassen

Wassergefährdungsklasse	Unfälle		Freigesetzte Menge wassergefährdender Stoffe	
	insgesamt	Anteil an insgesamt	insgesamt	Anteil an insgesamt
	Anzahl	%	m ³	%
1996				
WGK 0	4	1	30,1	16
WGK 1	8	3	0,5	0
WGK 2	216	76	140,3	73
WGK 3	42	15	1,6	1
Unbekannt	15	5	19,8	10
Insgesamt	285	100	192,3	100
1997				
WGK 0	-	-	-	-
WGK 1	8	2	0,5	0
WGK 2	258	78	90,3	73
WGK 3	34	10	6,7	5
Unbekannt	31	9	27,0	22
Insgesamt	331	100	124,5	100
1998				
WGK 0	1	0	0,1	0
WGK 1	9	3	0,9	0
WGK 2	217	79	207,5	95
WGK 3	38	14	8,1	4
Unbekannt	10	4	2,3	1
Insgesamt	275	100	218,9	100
1999				
WGK 0	1	0	0,1	0
WGK 1	12	4	4,1	10
WGK 2	233	81	35,5	83
WGK 3	38	13	1,5	4
Unbekannt	5	2	1,3	3
Insgesamt	289	100	42,5	100
Insgesamt 1996-1999				
WGK 0	6	1	30,3	5
WGK 1	37	3	6,0	1
WGK 2	924	78	473,6	82
WGK 3	152	13	17,9	3
Unbekannt	61	5	50,4	9
Insgesamt	1 180	100	578,2	100

Die Wassergefährdungsklasse 0 ist inzwischen aufgrund einer entsprechenden Änderung der Gefahrstoffverordnung entfallen.

Die bei Unfällen freigesetzten wassergefährdenden Stoffe werden zum einen diesen vier Gefährdungsklassen zugeordnet und zum anderen nach Mineralölprodukten (z.B. Heizöl, Benzin, Diesel, Kerosin, Altöl, Rohöl) und sonstigen Stoffen unterschieden.

Unfälle mit Mineralölprodukten 1996-1999

Jahr	Unfälle	Anteil an allen Unfällen	Freigesetzte Menge wassergefährdender Stoffe	Anteil an der bei allen Unfällen freigesetzten Menge
	Anzahl	%	m ³	%
1996	249	87	136,8	71
1997	303	92	76,4	61
1998	263	96	212,6	97
1999	269	93	34,7	82
Insgesamt	1 084	92	460,5	80

Im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 1999 wurden bei 78% der Unfälle Stoffe der Wassergefährdungsklasse 2 freigesetzt. Die dabei ausgetretenen Mengen machten 82% der insgesamt bei Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen freigesetzten Mengen aus. Der hohe Anteil der Stoffe der Wassergefährdungsklasse 2 ist damit zu erklären, dass die meisten Mineralölprodukte dieser Klasse angehören und Unfälle mit Mineralölprodukten klar dominieren. Sie haben im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 1999 einen Anteil von 92% an der Zahl der Unfälle insgesamt und gemessen an der freigesetzten Menge einen Anteil von 80%.

Unfallmeldung

Als Unfall gilt nach dem Umweltstatistikgesetz das bestimmungswidrige Austreten einer im Hinblick auf den Schutz der Gewässer nicht unerheblichen Menge wassergefährdender Stoffe. Die Feststellung, ob eine bestimmte Menge nicht unerheblich ist, wird im Einzelfall von der örtlichen Meldestelle getroffen. Der Vorteil dieser Vorgehensweise ist, dass Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse und besonderer Umstände beim Austritt wassergefährdender Stoffe in das Urteil, ob tatsächlich eine Beeinträchtigung von Gewässern gegeben ist, einfließen können. Durch dieses ereignisspezifische Element bei der Einstufung als Unfall wird allerdings die regionale Vergleichbarkeit der Statistik in einer schwer bestimmbarer Art und Weise beeinflusst. Hinzu kommt, dass in das Urteil auch subjektive Vorstellungen der umweltschädigenden Wirkung der ausgetretenen Stoffe einfließen. Was für den einen Beurteiler eine unerhebliche Menge ist, kann für einen anderen ausreichend sein, von einer tatsächlichen Beeinträchtigung der Umwelt auszugehen und einen Unfall zu melden.

Das Volumen des bei einem Unfall freigesetzten wassergefährdenden Stoffes ist ohne Beimengungen wie Löschwasser anzugeben. Weiterhin ist anzugeben, in welchem Umfang der freigesetzte Stoff durch entsprechende Maßnahmen wiedergewonnen werden konnte.

Die wiedergewonnene Menge steht einer anschließenden Nutzung bzw. Verwendung weiterhin zur Verfügung oder sie wird einer geordneten Entsorgung zugeführt. Unkontrolliert verdunstete bzw. verbrannte Mengen sind hier nicht zu berücksichtigen. In vielen Fällen können die Angaben der freigesetzten und der wiedergewonnenen Mengen von den Meldestellen nur grob geschätzt werden.

Bei jeder Meldung ist der Tag, der Ort und die Art des Unfalls anzugeben. Der Ort ist dahingehend zu bestimmen, ob es sich um ein Wasserschutzgebiet, ein Heilquellenschutzgebiet, ein Überschwemmungsgebiet oder ein sonstiges schutzwürdiges Gebiet handelt.

Weiterhin sind detaillierte Angaben zu machen über die Unfallursachen, die Folgen des Unfalls sowie über die Maßnahmen, die zur Abwendung oder Beseitigung von Unfallschäden ergriffen wurden.

Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen steht normalerweise in Verbindung mit bestimmten Anlagen oder dem innerbetrieblichen Transport. Unter Anlagen werden selbstständige und ortsfeste oder ortsfest benutzte Funktionseinheiten mit allen dazugehörigen Einrichtungen (Behälter, Sicherheitseinrichtungen, Auffangwannen und Rohrleitungen) verstanden. Betrieblich verbundene Funktionseinheiten, die auch nur eine dieser Einrichtungen gemeinsam haben, bilden eine Anlage.

Es werden vier Arten von Anlagen unterschieden:

- **Lageranlagen**
Lagern ist das Vorhalten zur weiteren Nutzung, Abgabe oder Entsorgung. Lageranlagen sind auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, die dem regelmäßigen Lagern von Stoffen in Transportbehältern und Verpackungen dienen.
- **Abfüllanlagen**
Das Abfüllen erfolgt in Behälter oder sonstige Verpackungen. Abfüllanlagen sind auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, auf denen regelmäßig Stoffe von einem in einen anderen Transportbehälter gefüllt werden.
- **Umschlaganlagen**
Umschlagen ist das Laden und Löschen von Schiffen sowie das Umladen von einem Transportmittel auf ein anderes. Umschlaganlagen sind auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, in denen regelmäßig Stoffe in Behältern oder sonstigen Verpackungen von einem Transportmittel auf ein anderes umgeladen werden.
- **Herstellungs-, Behandlungs-, Verwendungsanlagen (kurz HBV-Anlagen genannt)**
Herstellen ist das Erzeugen, Gewinnen und Schaffen von Stoffen. Behandeln ist das Einwirken auf Stoffe, um deren Eigenschaften zu verändern. Verwenden ist das Anwenden, Gebrauchen oder Verbrauchen von Stoffen unter Ausnutzung ihrer Eigenschaften.

Die Anlagen werden entsprechend ihres Gefährdungspotenzials vier Gefährdungsstufen zugeordnet. Das Gefährdungspotenzial hängt insbesondere vom Vo-

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 1996-1999 nach Art der Anlage bzw. des Beförderungsmittels

Art der Anlage Art des Beförderungsmittels	1996		1997		1998		1999		Insgesamt 1996-1999	
	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾
Unfälle beim Umgang	166	58	176	53	123	45	123	43	588	50
davon										
Lageranlagen	95	33	99	30	52	19	58	20	304	26
Anlagen zum Abfüllen	7	2	7	2	17	6	15	5	46	4
Anlagen zum Umschlagen	13	5	14	4	7	3	11	4	45	4
HBV-Anlagen	6	2	6	2	6	2	7	2	25	2
Innerbetriebliche Beförderung	6	2	6	2	-	-	3	1	15	1
sonstige / ungeklärte	39	14	44	13	41	15	29	10	153	13
Unfälle bei der Beförderung	119	42	155	47	152	55	166	57	592	50
davon										
Straßenfahrzeuge	106	37	137	41	137	50	162	56	542	46
Eisenbahnwagen	2	1	7	2	4	1	1	0	14	1
Schiffe	11	4	9	3	9	3	3	1	32	3
Rohrfernleitungen	-	-	-	-	1	0	-	-	1	0
Luftfahrzeuge	-	-	2	1	1	0	-	-	3	0
Insgesamt	285	100	331	100	275	100	289	100	1 180	100

1) Anteil an den Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen insgesamt.

lumen der Anlage und der Gefährlichkeit der in der Anlage vorhandenen Stoffe ab. Außerdem werden bei der Einstufung die hydrogeologische Beschaffenheit sowie die Schutzbedürftigkeit des Aufstellungsortes der Anlage berücksichtigt.

Im Zeitraum 1996 bis 1999 waren von mehr als der Hälfte der Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen Lageranlagen betroffen. Dabei gelangten 65% der insgesamt beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen freigesetzten Menge in die Umwelt. Auf Anlagen zum Abfüllen und auf Anlagen zum Umschlagen entfallen jeweils knapp 8% der Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, auf Herstel-

lungs-, Behandlungs- und Verwendungsanlagen zusammen gut 4% und auf die innerbetriebliche Beförderung 2,5%. Ein Viertel der gemeldeten Unfälle war keiner der genannten Anlagenarten zuzuordnen.

Unfälle bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe

Mit Beförderung wird der Vorgang der Ortsveränderung einschließlich eines zeitweiligen Aufenthalts (Zwischenlagerung) bezeichnet. Die Übernahme und Ablieferung sowie das Ver- und Auspacken und das Be- und Entladen zählen zum Umgang. Die Unfälle bei

Bei Unfällen freigesetzte Menge wassergefährdender Stoffe 1996-1999 nach Art der Anlage bzw. des Beförderungsmittels

Art der Anlage Art des Beförderungsmittels	1996		1997		1998		1999		Insgesamt 1996-1999	
	insgesamt	darunter nicht wieder-gewonnen	insgesamt	darunter nicht wieder-gewonnen	insgesamt	darunter nicht wieder-gewonnen	insgesamt	darunter nicht wieder-gewonnen	insgesamt	darunter nicht wieder-gewonnen
	m ³	%	m ³	%	m ³	%	m ³	%	m ³	%
Unfälle beim Umgang	68,4	18	92,9	12	35,6	50	22,9	23	219,8	21
davon										
Lageranlagen	30,7	9	73,8	12	26,3	65	12,7	18	143,5	21
Anlagen zum Abfüllen	1,3	17	2,1	0	2,5	1	4,3	14	10,2	8
Anlagen zum Umschlagen	5,3	98	0,5	13	0,6	38	0,3	83	6,6	86
HBV-Anlagen	1,8	68	5,3	19	0,4	51	2,8	63	10,3	41
Innerbetriebl. Beförderung	10,4	20	7,6	9	-	-	0,3	38	18,3	16
sonstige / ungeklärte	18,9	6	3,7	12	5,9	2	2,5	8	30,9	6
Unfälle bei der Beförderung	124,0	48	31,6	22	183,2	94	19,6	8	358,4	67
davon										
Straßenfahrzeuge	58,7	1	24,7	4	10,3	4	19,6	8	113,2	3
Eisenbahnwagen	0,1	-	1,1	56	0,1	-	0,0	-	1,3	47
Schiffe	65,2	91	5,4	100	172,7	100	0,0	100	243,4	97
Rohrfernleitungen	-	-	-	-	0,1	-	-	-	0,1	-
Luftfahrzeuge	-	-	0,4	0	0,0	83	-	-	0,5	6
Insgesamt	192,3	38	124,5	14	218,9	87	42,5	16	578,2	50

der Beförderung werden erfasst nach der Art der Umschließung der transportierten Stoffe (Tankcontainer, Tank bzw. Mehrkammertank, Gefäßbatterie, Gebinde, Betriebsstofftank, andere Behälter), nach dem Verkehrsweg und der Art des Beförderungsmittels (Straße, Eisenbahn, Schiff, Luftfahrzeug oder Rohrfernleitung, teilweise mit weiteren Untergliederungen) sowie der Art der Stoffausbreitung (z.B. Versickern, Versinken, Ausbreiten auf der Oberfläche).

Die mit Abstand meisten Unfälle bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe ereigneten sich im Straßenverkehr. Von 592 Unfällen insgesamt im Zeitraum 1996 bis 1999 entfielen über 90% auf Straßenfahrzeuge, bei 14 Unfällen waren Eisenbahnwagen die Verursacher und bei 32 Unfällen Schiffe. Die bei Unfällen im Straßenverkehr freigesetzten wassergefährdenden Stoffe konnten nahezu vollständig wiedergewonnen werden, lediglich 3% verblieben in der Umwelt. Anders sieht es bei Unfällen mit Schiffen aus. Hier gelangten 97% der freigesetzten wassergefährdenden Stoffe in die Umwelt ohne wiedergewonnen zu werden.

Unfälle mit Austritt wassergefährdender Stoffe aus Betriebsstofftanks von Beförderungsmitteln 1996-1999

Jahr	Unfälle	Anteil an allen Unfällen	Freigesetzte Menge wassergefährdender Stoffe	Anteil an der bei allen Unfällen freigesetzten Menge
	Anzahl	%	m ³	%
1996	88	74	8,9	7
1997	123	79	12,6	40
1998	122	80	10,9	6
1999	156	94	16,6	85
Insgesamt	489	83	49,0	14

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass auch das Auslaufen eines Betriebsstofftanks von Fahrzeugen zur Meldung eines Unfalls bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe führen kann und zwar dann, wenn aufgrund der ausgetretenen Menge und den besonderen Gegebenheiten an der Unfallstelle eine Gefährdung der Umwelt besteht. Im gesamten Zeitraum 1996 bis 1999 hatten die Unfälle, bei denen wassergefährdende Stoffe aus Betriebsstofftanks austraten, einen Anteil von 83% an allen Unfällen bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe. Die durchschnittlich aus einem Betriebsstofftank freigesetzte Menge lag bei etwas mehr als 100 Liter je gemeldeten Unfall dieser Art.

Einzelereignisse können Ergebnisse der Statistik stark beeinflussen

Im Jahr 1996 traten bei einem Unfall 49 m³ eines Mineralölprodukts aus einem Tankschiff aus, das insgesamt rund 1 000 m³ transportierte. Allein auf diesen einen Unfall von insgesamt 119 statistisch erfassten Unfällen bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen im Jahr 1996 entfielen knapp 40% der insgesamt freigesetzten Menge (124 m³). Ein weiterer größerer Unfall (gemessen an der freigesetzten Menge wassergefährdender Stoffe) ereignete sich 1996 im Straßenverkehr. Ein Tank- bzw. ein Silofahrzeug kollidierte mit einem anderen Verkehrsmittel, sodass der

gesamte Inhalt des Tanks von 30 m³ austrat. Dabei handelte es sich um einen im Allgemeinen nicht wassergefährdenden Stoff (Wassergefährdungsklasse 0), der jedoch in diesem speziellen Fall nach Einschätzung der den Unfall meldenden Stelle zu einer Wassergefährdung hätte führen können. Auf diesen Unfall sind rund 24% der insgesamt in Zusammenhang mit der Beförderung wassergefährdender Stoffe bei Unfällen freigesetzten Mengen zurückzuführen. Die beiden größten Unfälle des Jahres 1996 zusammengekommen sind für 64% der durch Unfälle bei der Beförderung insgesamt freigesetzten Mengen wassergefährdender Stoffe verantwortlich, bezogen auf alle Unfälle bei der Beförderung und dem Umgang sind es 41%. Damit wird deutlich, wie stark die Ergebnisse der Statistik von einzelnen Unfallereignissen abhängen können. Entsprechend vorsichtig sind Veränderungen der bei Unfällen freigesetzten Mengen im Zeitablauf zu interpretieren.

Im Jahr 1998 sind sogar fast 80% der bei allen Unfällen insgesamt freigesetzten Mengen wassergefährdender Stoffe auf einen Unfall zurückzuführen. Bei der Kollision eines Tankschiffs mit einem anderen Schiff traten 170 m³ eines Mineralölprodukts aus. Da die gesamte Ladung ein Volumen von 1 750 m³ hatte, bestand die Möglichkeit eines noch wesentlich schwerer wiegenden Unfalls.

Anders stellt sich das Jahr 1997 dar. Die relativ große durch Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Lageranlagen freigesetzte Menge (73,8 m³) resultiert nicht aus einem schweren Unfall, sondern erklärt sich durch eine Häufung „mittelschwerer“ Unfälle mit einer jeweils freigesetzten Menge von 8 bis 10 m³.

Unfallursachen

Die häufigste Ursache von Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen ist menschliches Versagen. Knapp die Hälfte aller Unfälle in den Jahren 1996 bis 1999 ist darauf zurückzuführen. Materialmängel sind bei 20% aller Unfälle die Hauptursache. Für 30% der Unfälle wurden sonstige Ursachen angegeben oder die Unfallursache konnte nicht geklärt werden. Menschliches Fehlverhalten spielt bei Unfällen bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe eine größere Rolle (63% aller Unfälle bei der Beförderung sind darauf zurückzuführen) als bei Unfällen beim Umgang (36% aller Unfälle beim Umgang). Herauszuheben ist die relativ große Zahl der Alleinunfälle von Beförderungsmitteln. Sie schwankt zwischen 60 und 78 in den Jahren 1996 bis 1999 und erreicht im Durchschnitt dieser Jahre fast einen Anteil von 50% an allen Unfällen bei der Beförderung. Für keine der statistisch erfassten Ursachen von Unfällen ist im Zeitablauf eine klare Tendenz zur zahlenmäßigen Zu- oder Abnahme erkennbar.

Unfallfolgen und Maßnahmen zur Abwendung oder Beseitigung von Unfallschäden

Die meisten (73%) aller 1 180 in den Jahren 1996 bis 1999 statistisch erfassten Unfälle führten unmittelbar zu einer Verunreinigung des Bodens. Ob sich daran weitere Folgen wie eine Verschmutzung des Grundwassers anschließen, das hängt maßgeblich von der freigesetzten Menge der Schadstoffe und der Wirksamkeit der

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 1996-1999 nach der Unfallursache

Unfallursache	1996	1997	1998	1999	Insgesamt 1996-1999
	Anzahl				
Unfälle beim Umgang					
Material zusammen	34	27	29	31	121
Korrosion metallischer Anlagenteile	6	8	2	4	20
Alterung von Anlagenteilen aus sonstigen Werkstoffen	5	5	6	5	21
Versagen von Schutzeinrichtungen	14	6	10	10	40
sonstige Materialursache	9	8	11	12	40
Verhalten zusammen	57	74	36	43	210
Bedienungsfehler beim Befüllen	32	43	18	28	121
andere Bedienungsfehler	15	19	7	14	55
Montagefehler	9	9	8	-	26
mechanische Beschädigung / Kollision	1	3	3	1	8
Sonstige / ungeklärte	75	75	58	49	257
Insgesamt	166	176	123	123	588
Unfälle bei der Beförderung					
Material zusammen	22	26	29	38	115
Mängel an Behälter / Verpackung	6	6	9	15	36
Mängel an Armaturen	1	1	3	2	7
Mängel an Fahrzeug und Sicherheitseinrichtung	6	10	4	9	29
sonstige Materialursache	9	9	13	12	43
Verhalten zusammen	73	103	95	100	371
Alleinunfall	60	78	68	77	283
Kollision mit anderem Beförderungsmittel	13	25	27	23	88
Sonstige / ungeklärte	24	26	28	28	106
Insgesamt	119	155	152	166	592

Maßnahmen zur Wiedergewinnung und Neutralisierung der Schadstoffe ab. Erste Sofortmaßnahmen zur Begrenzung der freigesetzten Menge sind das Abdichten schadhafter Behälter oder Anlagenteile, das Verhindern weiteren Auslaufens sowie das Umfüllen in andere Behälter. Die freigesetzten Stoffe können am weiteren Ausbreiten gehindert werden, es können Bindemittel

eingesetzt und Sperren in Gewässer eingebracht werden. Daran anschließend kann der verunreinigte Boden ausgehoben und einer Behandlung bzw. einer geordneten Entsorgung zugeführt werden. Bei einer Gefährdung des Grundwassers können Grundwasserbeobachtungsrohre eingesetzt und Brunnen zum Abpumpen des Schadstoffes eingerichtet werden.

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 1996-1999 nach der Art der ergriffenen Sofort- und Folgemaßnahmen

Art der Maßnahme ¹⁾	1996	1997	1998	1999	Insgesamt 1996-1999
	Anzahl				
Sofortmaßnahmen					
Abdichten schadhafter Behälter oder Anlagenteile	39	72	55	58	224
Verhinderung weiteren Auslaufens	142	165	135	158	600
Verhinderung weiteren Ausbreitens	104	149	144	138	535
Umpumpen / Umladen in andere Behälter	62	89	51	63	265
Aufbringen von Bindemitteln	151	207	185	204	747
Einbringen von Sperren in Gewässern	39	49	37	48	173
Beseitigung von Brand- und Explosionsgefahren	3	12	5	4	24
Löschen etwaiger Brände	7	4	12	4	27
Analyse des verunreinigten Materials	96	120	81	71	368
Weitere Sofortmaßnahmen	34	24	32	28	118
Folgemaßnahmen					
Keine Folgemaßnahmen erforderlich	69	60	53	30	212
Ausheben verunreinigten Materials	178	189	163	195	725
Abfuhr verunreinigten Materials	198	222	177	199	796
Aufbereitung des verunreinigten Materials vor Ort	4	8	6	9	27
Niederbringen von Grundwasserbeobachtungsrohren	3	6	5	4	18
Anlegen von Schürfgruben	1	8	5	4	18
Einrichten von Brunnen zum Abpumpen des Schadstoffs	1	4	3	5	13
Weitere Folgemaßnahmen	41	63	65	80	249
Unbekannt / nicht absehbar	5	13	1	2	21

1) Mehrfachnennungen möglich.

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 1996-1999 nach den Folgen

Unfallfolgen ¹⁾	1996	1997	1998	1999	Insgesamt 1996-1999
	Anzahl				
Verunreinigung					
des Bodens	204	241	205	216	866
eines Kanalnetzes bzw. einer Kläranlage	49	51	36	56	192
eines Oberflächengewässers	87	90	76	71	324
des Grundwassers	5	9	6	4	24
einer Wasserversorgung	-	-	1	1	2
Brand / Explosion	7	4	12	4	27
Sonstige / ungeklärte	11	20	16	16	63

1) Mehrfachnennungen möglich.

Allgemeine Zahlenangaben zu den Folgen der Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in den Jahren 1996 bis 1999 sowie zu den ergriffenen Maßnahmen können den entsprechenden Übersichten entnommen werden. Bei der Interpretation der Fallzahlen ist zu beachten, dass ein Unfall mehrere Folgen haben kann und dass nacheinander oder auch gleichzeitig mehrere Maßnahmen ergriffen werden können, um Schäden zu verhindern oder abzumildern. Im Folgenden werden speziell die Folgen für das Grundwasser und für die Oberflächengewässer noch etwas genauer betrachtet.

Ein erfreuliches Ergebnis der Statistik ist sicherlich, dass im Zeitraum von 1996 bis 1999 nur in zwei Fällen die Wasserversorgung unmittelbar durch einen Unfall mit wassergefährdenden Stoffen beeinträchtigt wurde. Wenn man jedoch bedenkt, dass etwa drei Viertel der Trinkwassergewinnung in Rheinland-Pfalz aus Grundwasser erfolgt, dann wird deutlich, dass auch die Verunreinigung des Grundwassers Folgen für die Qualität der Wasserversorgung haben kann. Eine Verunreinigung des Grundwassers war 23-mal als Folge eines Unfalls beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen gemeldet worden und einmal als Folge eines Unfalls bei der Beförderung. In 22 Fällen wurden Mineralölprodukte freigesetzt und zwar mit einem Gesamtvolumen von 23,5 m³. Davon wurde über die Hälfte durch entsprechende Maßnahmen wieder aus der Umwelt zurückgewonnen. Der größte Unfall wurde durch Korrosion metallischer Teile einer Lageranlage verursacht. Hierbei traten 10 m³ eines Mineralölproduktes aus, von denen lediglich ein Zehntel wiedergewonnen werden konnte. Insgesamt ereigneten sich 17 der 24 Unfälle mit einer Verunreinigung des Grundwassers beim Lagern wassergefährdender Stoffe. Für 13 Unfälle war menschliches Versagen ursächlich, für drei Unfälle Korrosion metallischer Anlagenteile, für einen Unfall das Versagen von Schutteinrichtungen und in sieben Fällen können keine Aussagen über die Unfallursache gemacht werden. Die häufigsten Sofortmaßnahmen zur Begrenzung der Schäden sollten ein weiteres Auslaufen und bzw. oder Ausbreiten der wassergefährdenden Stoffe verhindern (elf Fälle). Bei elf Unfällen wurde es als erforderlich angesehen, Grundwasserbeobachtungsrohre niederzubringen. In neun Fällen wurde ein Brunnen zum Abpumpen der Schadstoffe errichtet.

Ebenfalls eine besonders schwer wiegende Folge von Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen ist das Sterben von Fischbeständen. Im Zeitraum 1996 bis 1999 kam es bei 324 Unfällen zu einer Verunreinigung von Oberflächengewässern. Die freigesetzte Menge von Schadstoffen konnte durch ein Verhindern des weiteren Auslaufens in 139 Fällen begrenzt werden. In 43 Fällen wurden als Sofortmaßnahme schadhafte Behälter oder Anlagenteile abgedichtet, in 57 Fällen die wassergefährdenden Stoffe in andere Behälter verbracht. Um die Schäden durch die dennoch freigesetzten Mengen in Grenzen zu halten, wurden in 162 Fällen Bindemittel aufgebracht und in 151 Fällen Sperren in die betroffenen Gewässer eingebracht. Trotzdem führten die Verschmutzungen in sechs Fällen zu einem Fischsterben. Der auslösende Unfall ereignete sich in zwei Fällen beim Transport wassergefährdender Stoffe mit Straßenfahrzeugen, in zwei Fällen bei der Lagerung und jeweils in einem Fall beim Umschlagen und der innerbetrieblichen Beförderung wassergefährdender Stoffe.

Erfassung der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Für eine Bewertung der Unfallzahlen sind Angaben über die insgesamt vorhandenen Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen hilfreich. Das Umweltstatistikgesetz ordnet in § 13 eine entsprechende Erhebung alle fünf Jahre, beginnend im Jahr 2000, jeweils für das Vorjahr an.

Erhebungsmerkmale sind

- Art der Anlage,
- Bauart, Baujahr, Material und Fassungsvermögen der Anlage,
- Art des wassergefährdenden Stoffes,
- Wirtschaftszweig des Betreibers.

Erste Ergebnisse dieser neuen Statistik werden für Rheinland-Pfalz voraussichtlich im Laufe des Jahres 2001 vorliegen. Nach einer Schätzung auf Grundlage der bisher beim Statistischen Landesamt eingegangenen Erhebungsbogen dürfte die Gesamtzahl der erfassten Anlagen etwa 50 000 betragen.

Dr. Hans Herbert Krieg

Strukturdaten zur Krankenhausversorgung in Rheinland-Pfalz

Ende 1999 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 118 Krankenhäuser betrieben. Vier Einrichtungen wurden als reine Tages- bzw. Nachtkliniken geführt. Diese dienen der ausschließlich teilstationären Betreuung von Patientinnen und Patienten während eines begrenzten Tageszeitraumes bzw. in der Nacht. zehn Häuser waren reine psychiatrisch/neurologische Fachkrankenhäuser. Die übrigen 104 Einrichtungen, die nicht ausschließlich der Behandlung psychiatrisch/neurologischer Erkrankungen dienen, waren der Gruppe der allgemeinen Krankenhäuser zuzurechnen. In der Regel verfügen diese allgemeinen Krankenhäuser über mehrere vollstationäre Fachabteilungen mit jeweils spezialisierten Behandlungsangeboten.

Mehr als 780 000 Patienten in 26 000 Betten

An den 478 Fachabteilungen der allgemeinen Krankenhäuser wurden im vergangenen Jahr insgesamt 25 748 Betten, darunter 24 832 Planbetten, vorgehal-

ten.¹⁾ Damit lag der Versorgungsgrad bei rund 64 Krankenhausplätzen je 10 000 Einwohner. Deutlich mehr als ein Drittel der aufgestellten Betten entfiel auf Abteilungen der inneren Medizin, knapp drei Zehntel auf chirurgische Fachabteilungen und rund ein Zehntel auf Abteilungen für Frauenheilkunde und/oder Geburtshilfe. Die – gemessen an den aufgestellten Betten – viert- und fünftgrößten Behandlungsbereiche waren die Orthopädie und die Urologie mit jeweils mehr als 1 000 verfügbaren Betten. Mehr als 1 100 Krankenhausplätze waren für eine intensivmedizinische Betreuung von Patientinnen und Patienten ausgelegt. Gut 2 600 Betten, darunter fast 900 in der Gynäkologie, mehr als 500 in der Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde sowie gut 300 in der Urologie, wurden von Belegärzten geführt.

Im Jahresverlauf wurden in die allgemeinen Krankenhäuser mehr als 817 000 Patientinnen und Patienten stationär eingewiesen, unter ihnen 36 400 Stundenfälle. Als Stundenfälle werden Patientinnen und Patienten bezeichnet, die schon am Tag der Aufnahme wieder entlassen bzw. in ein anderes Krankenhaus verlegt werden oder aber am Aufnahmetag im Krankenhaus

1) Siehe Glossar.

Glossar zur Berechnungsweise einiger Kenngrößen

Bettenausstattung:

Die Bettenausstattung der Krankenhäuser wird als Jahresdurchschnittswert erhoben; Veränderungen der Bettenkapazität werden dabei zeitanteilig berücksichtigt. Plätze zur teilstationären Betreuung sind in der Statistik nicht berücksichtigt; es werden ausschließlich Betten gezählt, die für eine vollstationäre Betreuung aufgestellt wurden.

Stationär versorgte Fälle:

In dieser Fallzahl bleiben Patientinnen und Patienten, die vor dem 1. Januar 1999 in ein Krankenhaus aufgenommen und erst im Jahr 2000 entlassen wurden, ebenso wie der Anfangs- und Endbestand des Jahres 1999 unberücksichtigt. Patientinnen und Patienten, die nur über einen der Jahreswechsel 1998/99 bzw. 1999/2000 in einem Krankenhaus versorgt wurden, werden als halber Fall einbezogen. Stundenfälle sind in der Fallzahl nicht enthalten. Die Zahl der stationär versorgten Behandlungsfälle errechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned}\text{Fallzahl} &= \frac{\text{Patientenzugang}}{2} + \frac{\text{Patientenabgang}}{2} \\ &= \frac{(\text{Patientenaufnahme von außen} - \text{Stundenfälle})}{2} + \frac{(\text{Entlassungen aus dem Krankenhaus} + \text{Sterbefälle} - \text{Stundenfälle})}{2}\end{aligned}$$

$$\text{Verweildauer: } \text{Verweildauer} = \frac{\text{Pflegetage}}{\text{Fallzahl}}$$

Nutzungsgrad:

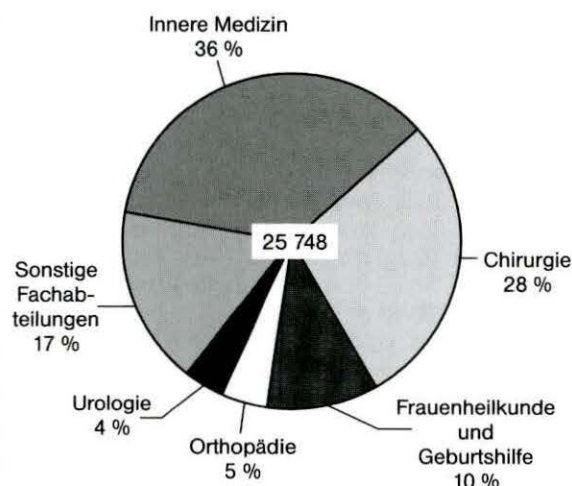
$$\text{Nutzungsgrad der aufgestellten Betten} = \frac{\text{Pflegetage}}{\text{aufgestellte Betten} \cdot \text{Tage im Jahr}} \cdot 100$$

$$\text{Nutzungsgrad der aufgestellten Intensivbetten} = \frac{\text{Intensivpflegetage}}{\text{Intensivbetten} \cdot \text{Tage im Jahr}} \cdot 100$$

Vollkräfte:

Die Gesamtzahl der Vollkräfte im Jahresdurchschnitt ergibt sich aus der Summe der umgerechneten Teilzeitkräfte, der umgerechneten kurzfristig beschäftigten Arbeitnehmer/-innen und der Beschäftigten, die im gesamten Jahr bei voller tariflicher Arbeitszeit eingesetzt waren. Hier einbezogen sind fest angestellte Ärztinnen und Ärzte (ohne Zahnärztinnen/-ärzte) sowie Ärztinnen und Ärzte im Praktikum, so weit diese auf die Besetzung im ärztlichen Dienst angerechnet werden. Überstunden und Bereitschaftsdienste sind in der Kennzahl nicht enthalten.

In allgemeinen Krankenhäusern aufgestellte Betten 1999 nach Fachabteilungen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 8/2001

versterben. Entlassen wurden im gleichen Zeitraum 800 102 Personen, weitere 18 569 verstarben während ihres Krankenhausaufenthaltes. Insgesamt wurden in den allgemeinen Krankenhäusern gut 781 500 Fälle stationär versorgt.¹⁾ Bei rund 296 000 Patientinnen und Patienten (38%) lag der Behandlungsschwerpunkt im Bereich der inneren Medizin, deutlich mehr als 230 000 (29%) wurden schwerpunktmäßig in chirurgischen Fachabteilungen versorgt. Rund 104 000 Patientinnen (13%) wurden im Bereich der Frauenheilkunde und Geburtshilfe behandelt.²⁾ Auf diese drei großen klassischen Krankenhausbereiche entfielen somit rund 80% der vollstationären Behandlungsfälle. Jeweils weitere 5% der Patientinnen und Patienten wurden aufgrund ihrer spezifischen Leiden bzw. ihres Alters schwerpunktmäßig in Fachabteilungen der Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, der Kinderheilkunde und der Urologie versorgt.

2) Im Zuge der Geburtshilfe wurden im Laufe des Jahres insgesamt 36 303 Schwangere entbunden, darunter rund 22% durch Kaiserschnitt, gut 4% durch Vakuumextraktion und mehr als 1% mittels Geburtszange. Dabei kamen insgesamt 36 806 Kinder zur Welt. 4 835 Patientinnen mussten wegen Fehlgeburt behandelt werden.

Bei rund 7,3 Mill. Pflegetagen Bettenauslastung von 78% erreicht

Für das Erkennen und Heilen von Erkrankungen, das Verhindern von Verschlimmerungen, das Lindern von Krankheitsbeschwerden und die Geburtshilfe wurden in den allgemeinen Krankenhäusern fast 7,3 Mill. Pflegetage erbracht, darunter mehr als 325 000 für die intensivmedizinische Behandlung, Überwachung und Betreuung. Die durchschnittliche stationäre Behandlungsdauer lag bei 9,3 Tagen.¹⁾ Die kürzeste durchschnittliche Verweildauer wurde mit 3,6 Tagen in augenheilkundlichen Fachabteilungen ermittelt. Patientinnen und Patienten in geriatrischen, psychosomatischen und psychiatrischen Fachabteilungen allgemeiner Krankenhäuser wurden im Schnitt erst nach mehr als dreiwöchigem vollstationärem Krankenhausaufenthalt entlassen.

Im Jahresdurchschnitt waren die Betten in den allgemeinen Krankenhäusern zu knapp 78% ausgelastet. Für die Intensivbetten lag der Nutzungsgrad mit 79% leicht höher.¹⁾ In den Bereichen Thorax- und Kardiovaskularchirurgie sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie wurden Bettenauslastungsgrade von über 100% ermittelt.

Seit Beginn der 90er-Jahre wurden in den allgemeinen Krankenhäusern Bettenkapazitäten im Umfang von 4% abgebaut. Gleichzeitig nahm die Zahl der vollstationär betreuten Patientinnen und Patienten in diesem Zeitraum um 16% zu. Die durchschnittliche Verweildauer der Erkrankten sank im Vergleichszeitraum um 26% und damit deutlich überproportional, sodass die Bettenauslastung seit 1990 um annähernd 10 Prozentpunkte zurückging.

Mehr als 45 000 Personen im Dienste der Krankenhauspatientinnen und -patienten

In den 104 allgemeinen Krankenhäusern praktizierten Ende 1999 mehr als 4 500 fest angestellte Krankenhausärztinnen und -ärzte, unter ihnen fast 9% Teilzeitbeschäftigte. 501 dieser Mediziner, darunter 20 Frauen, waren als leitende Ärztinnen und Ärzte eingesetzt, das heißt mit Chefarztvertrag bzw. als Inhaber einer konzessionierten Privatklinik tätig. 875 Männer und 153 Frauen versahen ihren Dienst als Oberarzt bzw. -ärztin. 2 992 Mediziner, darunter knapp 1 200 Frauen,

Ausgewählte Strukturmerkmale der allgemeinen Krankenhäuser 1990-1999

Merkmal	Einheit	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Krankenhäuser	Anzahl	107	107	106	108	106	106	104	103	102	104
Aufgestellte Betten	"	26 818	26 700	26 555	26 563	26 624	26 594	26 498	26 340	26 115	25 748
Geförderte Betten ¹⁾	"	25 783	25 620	25 487	25 460	25 541	25 736	25 503	25 321	25 106	24 650
Pflegetage	"	8 521 223	8 438 802	8 314 518	8 083 338	7 987 823	7 773 499	7 545 736	7 446 795	7 430 413	7 286 412
Patientinnen und Patienten	Fallzahl	672 391	677 248	683 660	689 041	703 267	716 337	733 828	743 333	763 682	781 568
Durchschnittliche Verweildauer	Tage	12,7	12,5	12,2	11,7	11,4	10,9	10,3	10,0	9,7	9,3
Nutzungsgrad der Betten	%	87,1	86,6	85,5	83,4	82,2	80,1	77,8	77,5	78,0	77,5
Messzahl											
Krankenhäuser	1990=100	100	100	99	101	99	99	97	96	95	97
Aufgestellte Betten	"	100	100	99	99	99	99	99	98	97	96
Geförderte Betten ¹⁾	"	100	99	99	99	99	100	99	98	97	96
Pflegetage	"	100	99	98	95	94	91	89	87	87	86
Patientinnen und Patienten	"	100	101	102	102	105	107	109	111	114	116
Durchschnittliche Verweildauer	"	100	98	96	92	90	86	81	79	76	73

1) Nach dem Krankenhausfinanzierungs- bzw. Hochschulbauförderungsgesetz geförderte Betten.

waren als Assistenzärztinnen/-ärzte beschäftigt. Darüber hinaus waren zum Jahresende 1999 in den allgemeinen Krankenhäusern 459 Ärztinnen und Ärzte im Praktikum eingesetzt.³⁾ Umgerechnet auf Vollkräfte beschäftigten die Krankenhausträger im Jahresdurchschnitt rund 4 400 angestellte Humanmediziner.¹⁾ Damit betreute rechnerisch jede medizinische Vollkraft im Jahresdurchschnitt 4,5 belegte Betten bzw. 176,6 stationär behandelte Patientinnen/Patienten.

Neben diesen fest angestellten Humanmedizinern wirkten an den allgemeinen Krankenhäusern 336 Belegärztinnen und -ärzte, 69 Ärztinnen und Ärzte, die in einem Anstellungsverhältnis zu einer Belegärztin bzw. zu einem Belegarzt standen, sowie 69 Zahnärztinnen und -ärzte.

Im nicht ärztlichen Bereich beschäftigten die Krankenhausträger mehr als 40 000 weitere Personen.⁴⁾ Hiervon entfielen 18 817 auf Pflegedienste, 6 274 auf medizinisch-technische Dienste (z. B. Labors und Krankenhausapotheken), 4 349 auf so genannte Funktionsdienste (z. B. Operationsdienste, Anästhesien und Ambulanzen), 4 119 auf Wirtschafts- und Versorgungsdienste (z. B. krankenhauseigene Küchen und Wäschereien) und 2 872 Personen auf Verwaltungsdienste. Die übrigen 3 754 Personen waren technischen Diensten, Sonderdiensten, dem klinischen Hauspersonal bzw. sonstigen Gruppen zuzurechnen.

67 Krankenhäuser waren zugleich Ausbildungsstätten für Gesundheitsdienstberufe. So bildeten 61 Einrichtungen Krankenschwestern/-pfleger, 16 Häu-

ser Krankenpflegehelfer/-innen, zwölf Anstalten Kinderkrankenschwestern/-pfleger, vier Einrichtungen Hebammen/Entbindungspfleger sowie jeweils zwei Krankenhäuser medizinisch-technische Laboratoriumsassistentinnen/-assistenten, medizinisch-technische Radiologieassistentinnen/-assistenten bzw. Logopädinnen/Logopäden aus. Die 67 ausbildenden Einrichtungen stellten in den aufgeführten Berufen Ausbildungskapazitäten im Umfang von 5 901 Ausbildungsplätzen.

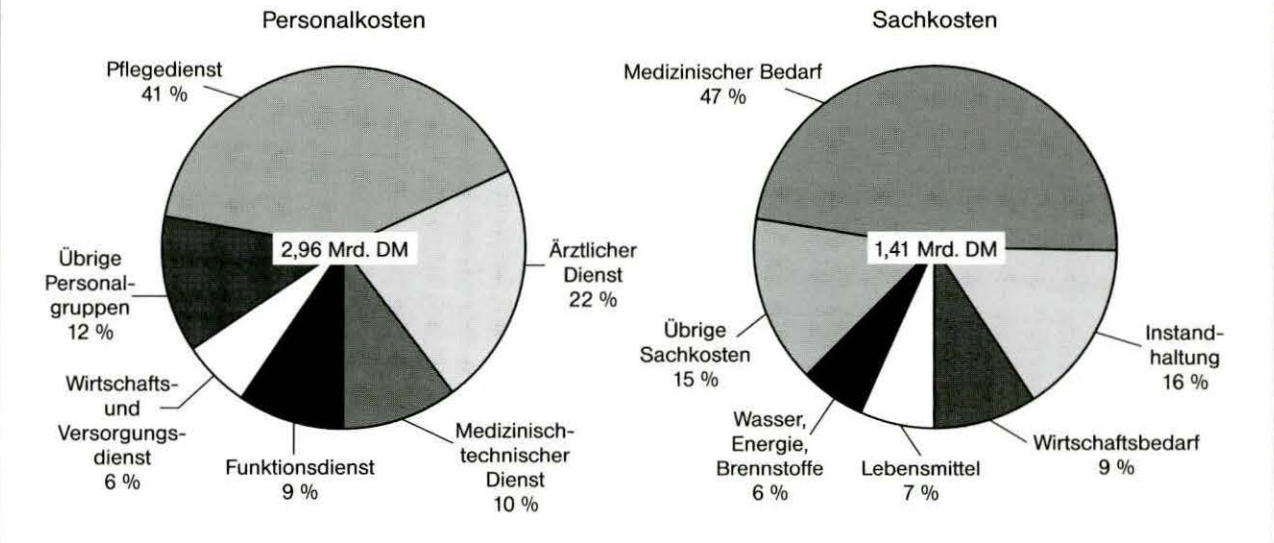
Sondereinrichtungen und medizinisch-technische Großgeräte

32 allgemeine Krankenhäuser – und hier ausschließlich Einrichtungen mit 150 und mehr Betten – betrieben eine eigene Apotheke. Die Übrigen versorgten sich aus Einrichtungen anderer Krankenhäuser bzw. aus öffentlichen Apotheken. 31 allgemeine Krankenhäuser waren mit Computer-Tomographen (CT), 13 mit Magnetic-Resonance-Geräten (Kernspin-Tomographen), jeweils zehn mit koronarangiographischen Arbeitsplätzen (Herzkatheter-Messplätzen) bzw. Nierensteinertrümmerern ausgestattet. Sechs Häuser verfügten über Linearbeschleuniger zur Strahlentherapie und eine Einrichtung war mit einem Tele-Kobalt-Therapiegerät ausgestattet, das ebenfalls in der Strahlentherapie eingesetzt wird. Für die Blutwäsche nierengeschädigter Patientinnen und Patienten waren in sechs Krankenhäusern insgesamt 75 teilstationäre und 16 stationäre Dialyseplätze eingerichtet. Für die teilstationäre Versorgung insbesondere auf psychiatrischem, geriatrischem und psychosomatischem Gebiet wurden 216 Tages- und zehn Nachtplätze vorgehalten. Auf die Sonderbedürfnisse querschnittgelähmter Patientinnen und Patienten waren 53, auf die Versorgung Schwerbrandverletzter acht speziell hierfür ausgestattete Plätze ausgerichtet.

3) Die Ausbildung zum Arzt sieht neben einem vorklinischen und einem klinischen Studium in einem dritten Ausbildungsabschnitt ein 18-monatiges Praktikum vor, das u. a. in einem Krankenhaus abgeleistet werden kann. In diesem Ausbildungsabschnitt sind die Mediziner als Ärztin bzw. Arzt im Praktikum tätig.

4) In dieser Zahl nicht enthalten sind 4 273 Schülerinnen, Schüler und Auszubildende (darunter 3 933 Schüler/-innen in Pflege- und Pflegehilfsberufen), wohl aber Praktikantinnen und Praktikanten sowie Zivildienstleistende, die zum 31. 12. 1999 in einem Beschäftigungsverhältnis zu einem Krankenhaus standen.

Anteile ausgewählter Kostenarten in allgemeinen Krankenhäusern 1999



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 9/2001

Bereinigte Kosten¹⁾ der allgemeinen Krankenhäuser 1999

Merkmal	Bereinigte Kosten	Veränderung 1999 gegenüber		Durch- schnittliche jährliche Veränderung gegenüber 1990
		1998	1990	
	DM	%		
Insgesamt	4 293 307 000	2,5	52,7	4,8
Je aufgestelltem Bett	166 743	3,9	59,0	5,3
Je Pflegetag	589	4,4	78,6	6,7
Je Patientenfall	5 493	0,1	31,4	3,1

1) Pflegesatzfähige Kosten stationär erbrachter Leistungen.

Im Durchschnitt 5 500 DM je Patient aufgewendet

In den allgemeinen Krankenhäusern fielen im Jahr 1999 Gesamtkosten in Höhe von gut 4,4 Mrd. DM an.⁵⁾ Die Investitionskosten der Einrichtungen werden zum größten Teil von der öffentlichen Hand getragen und sind in diesem Betrag nicht enthalten.

Die größte Ausgabenposition bildeten mit knapp 3 Mrd. DM die Personalkosten, wobei hiervon fast 1,2 Mrd. DM (40%) auf den Pflegedienst, gut 0,6 Mrd. DM (22%) auf den ärztlichen Dienst und gut 0,3 Mrd. DM

5) Erfasst wurden die Ist-Kosten des Geschäftsjahres 1999, gegliedert in Anlehnung an die Leistungs- und Kalkulationsaufstellung der Bundespflegesatzverordnung (BPIV). Sie umfassen die Kosten für die allgemeinen Krankenhausleistungen und die Wahlleistungen. Die Kosten wurden nach dem Nettoprinzip der BPIV erhoben und enthalten somit nur die Kosten für stationäre Krankenhausleistungen.

(10%) auf den medizinisch-technischen Dienst entfielen. Die Sachkosten schlugen mit rund 1,4 Mrd. DM zu Buche und machten damit knapp ein Drittel der Gesamtkosten aus. Von den Sachkosten entfielen knapp 0,7 Mrd. DM auf den medizinischen Bedarf, das heißt auf Arzneimittel, Narkose- und sonstigen OP-Bedarf, ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial sowie andere medizinische Gebrauchs- und Verbrauchsmittel. Fast 2 Mill. DM wendeten die allgemeinen Krankenhäuser an Zinszahlungen für Betriebsmittelkredite auf. Die Kosten der an den Krankenhäusern betriebenen Ausbildungsstätten beliefen sich auf annähernd 31 Mill. DM.

Bereinigt man die Gesamtkosten (4,4 Mrd. DM) um die Kosten der Ausbildungsstätten (31 Mill. DM), die Kosten für vor- und nachstationäre Behandlungsleistungen (8 Mill. DM), für ärztliche Wahlleistungen (62 Mill. DM) und sonstige Abzüge (40 Mill. DM), so erhält man als Kenngröße die bereinigten Kosten (4,3 Mrd. DM), die sich auf die aufgestellten Betten, die Pflege-tage und die vollstationär versorgten Behandlungsfälle beziehen lassen. Im Jahr 1999 fielen je Krankenhausbett Kosten von rund 167 000 DM an. Damit lagen die Kosten je Bett 60% über dem Niveau von 1990. Auf die Pflege-tage bezogen, lagen die Kosten im aktuellen Berichtsjahr bei 590 DM je Tag. Gegenüber der für 1990 ermittelten Relation ergibt sich hier eine Steigerung um 80%. Mit 5 500 DM je vollstationär versorgtem Patienten wurde für 1999 eine um gut 30% höhere Kostenrelation als Anfang der 90er-Jahre ermittelt.

Diplom-Volkswirt Gerd Reh

Neues Erhebungskonzept für die Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben

Erhebungen über die Arbeitskräftesituation landwirtschaftlicher Betriebe gehören seit jeher zu den Aufgaben der amtlichen Agrarstatistik. Um den Aufwand zu verringern, fanden die Erhebungen in der Regel auf repräsentativer Basis statt. Nur in den Jahren mit einer Landwirtschaftszählung erfolgten sie allgemein. Dieser Erhebungsturnus wurde durch die Novellierung des Agrarstatistikgesetzes 1998 geändert. Die Merkmale über die Arbeitskräfte sind in das Programm der Agrarstrukturhebung übernommen worden. Sie werden entsprechend dem Turnus der Agrarstrukturhebung alle zwei Jahre erfragt, wobei alle vier Jahre eine allgemeine Erhebung stattfindet.

Neben der Änderung des Erhebungsturnus wurde auch das Merkmalprogramm in Teilen vereinfacht. Durch die Änderungen war es möglich, die Kriterien für die sozialökonomische Betriebstypisierung der Agrarstatistik einerseits und der Testbuchführung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten andererseits aneinander anzugleichen. Außerdem stehen jetzt in wesentlich kürzeren Zeitabständen als bisher regionale Daten über landwirtschaftliche Arbeitskräfte zur Verfügung. Die Änderungen griffen erstmals bei der Landwirtschaftszählung bzw. Agrarstrukturhebung 1999. Da sie erheblichen Einfluss auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse haben, werden zunächst das neue Konzept und die Unterschiede zu früheren Erhebungen erläutert, bevor die wichtigsten Ergebnisse dargestellt werden.

Zwei Konzepte für die Erfassung der Arbeitskräfte

Bei der angesprochenen Novellierung des Agrarstatistikgesetzes wurde das Merkmalprogramm der bisherigen Arbeitskräfteerhebung in das Erhebungsprogramm der Agrarstrukturhebung integriert. Es wurde ferner festgelegt, dass es nur bei repräsentativen Agrarstrukturhebungen oder bei den Betrieben angewendet wird, die in den repräsentativen Teil einer allgemeinen Agrarstrukturhebung einbezogen werden. Dieses Konzept wird als „Einzelpersonenkonzept“ bezeichnet und ist von dem so genannten „Personengruppenkonzept“ zu unterscheiden, welches für die Betriebe des allgemeinen Teils der Agrarstrukturhebung entwickelt wurde.

Bei dem Einzelpersonenkonzept sind – mit Ausnahme der nichtständigen Arbeitskräfte – für jede im Betrieb beschäftigte Person detaillierte Angaben zu erheben. Dazu gehören Alter, Geschlecht, Arbeitszeiten für den Betrieb oder eine außerbetriebliche Tätigkeit. Angaben über die außerbetrieblichen Einkommensquellen ergänzen bei den Familienarbeitskräften das Frageprogramm.

Bei dem Personengruppenkonzept genügen Angaben zur Zahl der Familienarbeitskräfte und der familienfremden Arbeitskräfte für die folgenden, vorgegebenen Arbeitszeitgruppen:

- vollbeschäftigte Arbeitskräfte
- überwiegend beschäftigte Arbeitskräfte
- teilweise beschäftigte Arbeitskräfte
- gering beschäftigte Arbeitskräfte.

Kriterium für die Zuordnung der Arbeitskräfte in eine Gruppe ist der Umfang der Tätigkeiten, die entweder über die wöchentliche Arbeitszeit oder die Jahresarbeitstage abgegrenzt werden. Als vollbeschäftigt gilt jede Familienarbeitskraft, die mindestens 42 und mehr Stunden in der Woche oder 240 und mehr Arbeitstage im Betrieb beschäftigt ist, wobei ein Arbeitstag mindestens acht Arbeitsstunden umfassen muss. Für eine familienfremde Arbeitskraft ist die Anforderung für die Vollbeschäftigung aufgrund der tariflichen Bestimmungen etwas geringer. Sie ist vollbeschäftigt, wenn sie 38 Stunden und mehr in der Woche oder 220 Tage und mehr im Betrieb beschäftigt ist. Überwiegend beschäftigte Familienarbeitskräfte müssen 27 bis unter 42 Stunden oder 160 bis unter 240 Jahresarbeitstage leisten. Für familienfremde Arbeitskräfte belaufen sich die Zahl der Stunden auf 24 bis unter 38 bzw. die Zahl der Jahresarbeitstage auf 140 bis unter 220. Für eine teilweise Beschäftigung genügen bei Familienarbeitskräften 12 bis unter 27 Wochenstunden oder 80 bis unter 160 Jahresarbeitstage bzw. 10 bis unter 24 Wochenstunden oder 60 bis unter 140 Jahresarbeitstage bei familienfremden Arbeitskräften. Die übrigen mit betrieblichen Arbeiten befassten Personen gehören zur Gruppe der gering Beschäftigten.

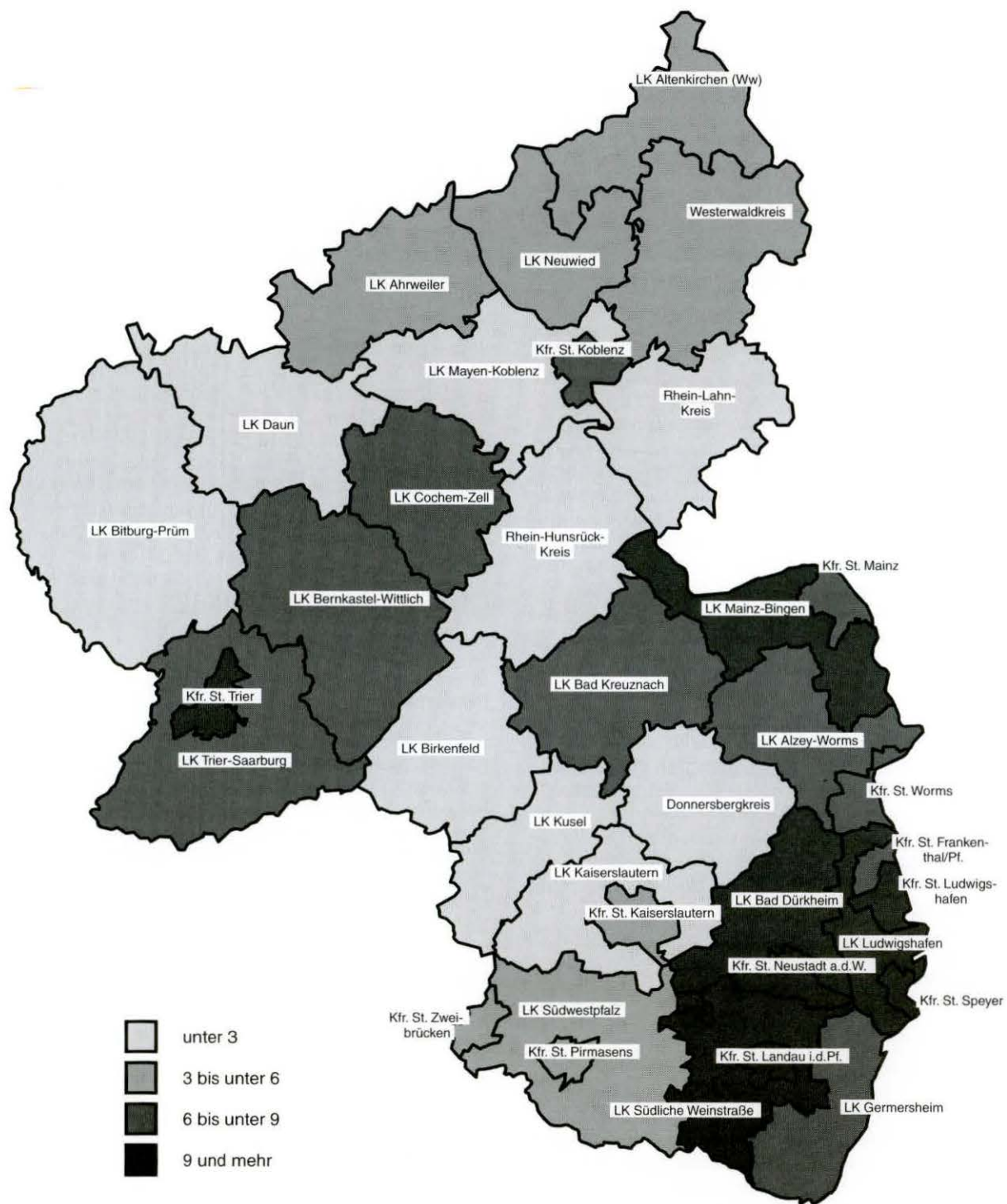
Arbeitskräfte werden in Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte unterschieden

Wie bereits aus den vorstehenden Ausführungen hervorgeht, unterscheiden beide Konzepte Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte (Arbeitskräfte, die keine Angehörigen des Betriebsinhabers sind). Zu den Familienarbeitskräften, die es definitionsgemäß nur in Familienbetrieben gibt, d. h. Betriebe der Rechtsform „Einzelunternehmen“, gehören die Betriebsinhaber und so weit vorhanden deren Ehegatten. Hinzu kommen Familienangehörige des Betriebsinhabers, die dem Betriebshaushalt angehören, wie Kinder oder Altenteiler.

Arbeitskräfte in Betrieben der Rechtsform „Personengesellschaft“ und in Betrieben juristischer Personen werden grundsätzlich den familienfremden Arbeitskräften zugerechnet. Die Arbeitskräfte der Familienbetriebe, die nicht mit dem Betriebsinhaber verwandt sind, wie beispielsweise ein angestellter Schlepperfahrer, sowie die im Betrieb beschäftigten Familienangehörigen, die nicht dem Betriebshaushalt angehören, zählen ebenfalls zu den familienfremden Arbeitskräften. Das sind in der Regel Verwandte des Betriebsinhabers, die nicht auf dem Betrieb leben, aber regelmäßig oder aushilfsweise, z. B. in der Ernte oder Weinlese, auf dem Betrieb aushelfen.

Das Einzelpersonenkonzept unterscheidet zusätzlich die familienfremden Arbeitskräfte in ständige und nichtständige Arbeitskräfte. Eine Arbeitskraft ist ständig be-

Vollarbeitskräfteeinheiten je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche 1999
nach Verwaltungsbezirken



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

schäftigt, wenn sie in einem Arbeitsverhältnis steht, das mindestens drei Monate umfasst. Der Berichtszeitraum beträgt beim Einzelpersonenkonzept für die Familienarbeitskräfte und die ständigen familienfremden Arbeitskräfte vier Wochen, die überwiegend im April liegen. Er umfasst beim Personengruppenkonzept und für die nichtständigen Arbeitskräfte dagegen ein Jahr.

Da die Zahl der Arbeitskräfte wenig über die tatsächliche Arbeitsleistung aussagt, werden die einzelnen Personen auf Vollarbeitskräfteeinheiten (AK-Einheit) umgerechnet. Eine AK-Einheit entspricht beim Einzelpersonenkonzept der Arbeitsleistung einer vollbeschäftigten Person im Alter von 16 bis 65 Jahren. Vollbeschäftigte Rentner sowie Jugendliche werden mit dem Faktor 0,3 bzw. 0,5 bewertet. Die Teilbeschäftigten werden entsprechend ihrer geleisteten Arbeitszeit auf AK-Einheiten umgerechnet.

Die Umrechnungsfaktoren für das Personengruppenkonzept wurden aus dem Einzelpersonenkonzept abgeleitet. Eine vollbeschäftigte Person entspricht einer AK-Einheit, eine Differenzierung nach dem Alter erfolgt nicht. Die überwiegend beschäftigten Familienarbeitskräfte werden mit 0,5, die teilweise Beschäftigten mit 0,35 und die gering Beschäftigten mit 0,1 AK-Einheiten bewertet. Die Umrechnungsfaktoren für die teilbeschäftigten familienfremden Arbeitskräfte betragen 0,65 und 0,35 bzw. 0,1 AK-Einheiten.

Ergebnisse der beiden Konzepte kaum vergleichbar

Anlass für die Einführung des Personengruppenkonzeptes war der Wunsch, die Kriterien für die sozialökonomische Betriebstypisierung der Agrarstatistik und der Testbuchführung anzugleichen sowie in kürzeren Zeitabständen als in der Vergangenheit auch regional Ergebnisse zur Verfügung zu stellen. Dies wäre zwar auch mit dem Einzelpersonenkonzept erfüllbar gewesen, hätte jedoch mit einer deutlichen Ausweitung des Aufwandes für die Agrarstatistik sowie zusätzlichen Belastungen der Auskunftspflichtigen erkaufte werden müssen. Da dies nicht gewünscht war, wurde mit dem Personengruppenkonzept ein Kompromiss gefunden. Als Konsequenz gibt es allerdings jetzt Ergebnisse über die Arbeitskräfte aus zwei unterschiedlichen methodischen Ansätzen, die sich nur bedingt miteinander vergleichen lassen. Gegenüber früheren Erhebungen sind außerdem durch den Wegfall von Merkmalen die Vergleichsmöglichkeiten eingeschränkt worden.

Die Ergebnisse aus beiden Konzepten können mit Gliederungsmerkmalen wie landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), Standardbetriebseinkommen oder den Betriebstypen aus der Betriebssystematik kombiniert werden. Welche Ergebnisse dann herangezogen werden, ist je nach Fragestellung festzulegen. Ein Kriterium ist die zu betrachtende Verwaltungsebene. Die Ergebnisse des Einzelpersonenkonzeptes stehen nur auf Landesebene zur Verfügung, da es sich hier um repräsentative Ergebnisse handelt. Für Untersuchungen auf regionaler Ebene können nur die Ergebnisse des Personengruppenkonzeptes verwendet werden.

Die zeitliche Komponente ist ein weiteres wichtiges Auswahlkriterium. Die Entwicklung bei der Zahl der Arbeitskräfte lässt sich nur mit den Ergebnissen des Einzelpersonenkonzeptes aufzeigen, da hierfür weiterhin

die Vergleichbarkeit gegeben ist. Die Betrachtung muss sich dabei allerdings auf die Landesebene sowie die Familienarbeitskräfte und die familienfremden Arbeitskräfte beschränken. Dies liegt an dem geänderten Berichtszeitraum für die nichtständigen Arbeitskräfte, der bei den früheren Arbeitskräfteerhebungen ebenfalls nur vier Wochen betrug. Die bisherige Regelung bei den nichtständigen Arbeitskräften hatte eine erhebliche Untererfassung der Saisonarbeitskräfte zur Folge, die nun mit der Ausweitung des Berichtszeitraumes auf ein Jahr vermieden wird.

Die Ergebnisse des Einzelpersonengruppenkonzeptes lassen sich ebenfalls für personenbezogene Untersuchungen über die zeitliche Belastung der Arbeitskräfte durch betriebliche und außerbetriebliche Tätigkeiten sowie die Altersstruktur der Arbeitskräfte heranziehen. Fragestellungen wie „Wie viel männliche oder weibliche Betriebsinhaber oder Arbeitskräfte gibt es?“ oder „Wie groß ist der Anteil der vollbeschäftigten Ehegatten?“ können ebenso nur mit Hilfe der Stichprobenergebnisse beantwortet werden. Die Erhebung der verschiedenen Einkommensquellen erlaubt darüber hinaus die Bedeutung dieser Einkommensquellen darzustellen. Daten zu diesen Fragestellungen liegen jedoch auf regionaler Ebene nicht vor. Das Gleiche gilt für eine Altersgliederung der Arbeitskräfte.

Das Personengruppenkonzept liefert aufgrund des Erhebungsturnus nun alle vier Jahre regionale Daten über die Zahl und den Beschäftigungsumfang der Familienarbeitskräfte und der familienfremden Arbeitskräfte. Bisher standen regionale Ergebnisse nur in den Jahren mit einer Landwirtschaftszählung zur Verfügung. Da im Rahmen der früheren Landwirtschaftszählungen nur das Einzelpersonenkonzept Anwendung fand, sind die Ergebnisse aber kaum mit den auf dem Personengruppenkonzept basierenden vergleichbar. Mit dem neuen Erhebungsturnus kann jetzt bei der alle vier Jahre allgemein vorzunehmenden sozialökonomischen Betriebstypisierung der Arbeitsaufwand als Kriterium berücksichtigt werden. Die bisher immer wieder kritisierten unterschiedlichen Verfahren für die Betriebstypisierung gehören damit der Vergangenheit an.

Zahl der Arbeitskräfte hat sich in zwanzig Jahren mehr als halbiert

Bei den folgenden Ausführungen werden zunächst die hochgerechneten Ergebnisse des repräsentativen Teils der Landwirtschaftszählung 1999 und die Daten der frühen Arbeitskräfteerhebungen betrachtet, da die Ergebnisse in weiten Teilen miteinander vergleichbar sind. Im Zeitraum 1979 bis 1999 hat sich die Zahl der Familienarbeitskräfte und der ständigen familienfremden Arbeitskräfte mehr als halbiert. Für diese Entwicklung ist in erster Linie der technische Fortschritt verantwortlich. Zu den 1999 hochgerechnet gut 70 000 Familienarbeitskräften und ständigen familienfremden Arbeitskräften kamen noch einmal knapp 53 000 nichtständige Arbeitskräfte. Hierbei handelte es sich vielfach um Saisonarbeitskräfte, die vor allem im Gemüse- und Weinbau beschäftigt waren. Aufgrund des von vier Wochen auf ein Jahr verlängerten Berichtszeitraumes für die nichtständigen Arbeitskräfte lässt sich die Zahl nicht mit den Ergebnissen früherer Jahre vergleichen.

Arbeitskräfte und Arbeitsleistung in landwirtschaftlichen Betrieben 1970/71-1999 nach Beschäftigtengruppen¹⁾

Jahr	Arbeitskräfte insgesamt	Familienarbeitskräfte einschließlich Betriebsinhaber ²⁾			Familienfremde Arbeitskräfte				Betriebliche Arbeitsleistung (AK-Einheiten)	
		zu-sammen	vollbe-schäftigt	teilbe-schäftigt	ständige Arbeitskräfte			nicht-ständige Arbeitskräfte ³⁾	insgesamt	je 100 ha LF
					zu-sammen	vollbe-schäftigt	teilbe-schäftigt			
										1 000
1970/71	251,0	221,1	72,6	148,5	10,4	5,9	4,5	19,5	133,5	16,3
1979	184,5	151,2	38,9	112,3	8,2	6,1	2,1	25,1	86,8	11,7
1991	125,0	100,1	26,3	73,8	5,5	3,9	1,5	19,4	55,1	7,8
1995	100,5	80,3	19,1	61,1	4,2	2,8	1,3	16,1	43,2	6,0
1999 ⁴⁾	123,2	60,7	14,3	46,3	9,7	6,2	3,5	52,9	40,4	5,7

1) Repräsentative Ergebnisse. – 2) Ab 1999 werden die Arbeitskräfte in Personengesellschaften bei den familienfremden Arbeitskräften nachgewiesen, da nur Einzelunternehmen als Familienunternehmen geführt werden und damit über Familienarbeitskräfte verfügen können. – 3) Erhebungszeitraum zum verbesserten Nachweis der Saisonarbeitskräfte ab 1999 auf ein Jahr (vorher vier Wochen im April) erweitert. Angaben mit den Vorjahren nicht vergleichbar. – 4) Vergleichbarkeit zu den Vorjahren aufgrund geänderter unterer Erfassungsgrenzen eingeschränkt.

Nur mit Einschränkungen können die Entwicklungen bei den Familienarbeitskräften und familienfremden Arbeitskräften verglichen werden. Die Familienarbeitskräfte haben innerhalb der letzten zwanzig Jahre um fast 60% abgenommen. Eine ähnliche Entwicklung weisen die familienfremden Arbeitskräfte zwischen 1979 und 1995 auf. Dadurch, dass 1999 alle Arbeitskräfte von Betrieben der Rechtsform Personengesellschaft zu den familienfremden Arbeitskräften gezählt wurden, hat sich deren Zahl zwischen 1995 und 1999 auf 9 700 mehr als verdoppelt.

Der Trend, dass immer weniger Betriebe vollbeschäftigte Arbeitskräfte haben, setzte sich auch 1999 fort. Inzwischen verfügt nur noch gut ein Drittel aller Betriebe über mindestens eine vollbeschäftigte Arbeitskraft. 1979 war es noch fast jeder zweite Betrieb. Damit verbunden ist ein immer höherer Anteil an teilbeschäftigten Arbeitskräften. Bei den Familienarbeitskräften sank der Anteil der Vollbeschäftigten zwischen 1979 und 1999 auf knapp 24%. Bei den ständigen familienfremden Arbeitskräften fiel er um 10 Prozentpunkte auf 64%.

Betriebsinhaberehepaare erbringen mehr als die Hälfte der Arbeitsleistung

Die in der Landwirtschaft Tätigen leisteten 1999 hochgerechnet rund 40 000 AK-Einheiten, das heißt, die in den Betrieben anfallenden Arbeiten hätten auch durch 40 000 Vollbeschäftigte erledigt werden können. Auch hier zeigt sich eine Halbierung in den letzten zwanzig Jahren. Allein 56% der AK-Einheiten entfielen auf die Betriebsinhaber und – so weit vorhanden – deren Ehegatten. Allein die Betriebsinhaber kamen auf rund 43% der betrieblichen Arbeitsleistung. Die Arbeitsleistung der familienfremden Arbeitskräfte entsprach etwa 14 000 AK-Einheiten. Gut die Hälfte entfiel auf die 9 700 ständigen familienfremden Arbeitskräfte. Den Rest leisteten die knapp 53 000 nichtständigen Arbeitskräfte. Die im landwirtschaftlichen Betrieb anfallenden Arbeiten werden nach wie vor überwiegend von männlichen Arbeitskräften erbracht. Auf sie kamen 1999 rund 71% aller AK-Einheiten. Im Betrachtungszeitraum hat sich der Anteil erhöht. Bei den Familienarbeitskräften war

1999 der Umfang der Arbeiten, die von männlichen Arbeitskräften erbracht wurden, mit 73% etwas größer als bei den familienfremden Arbeitskräften (68%).

Rund ein Drittel der Betriebsinhaber älter als 55 Jahre

Nach wie vor wird ein beachtlicher Teil der landwirtschaftlichen Betriebe von älteren Betriebsinhabern geleitet. In etwa 8% der Betriebe war 1999 der Inhaber älter als 65 Jahre. Der Anteil lag 1979 mit gut 10% geringfügig höher. Betrachtet man die Betriebe, deren Inhaber mindestens 60 Jahre sind, so stieg der Anteil in den letzten zwanzig Jahren an. 1999 wurde jeder fünfte Betrieb von einem 60-jährigen oder älteren Inhaber bewirtschaftet. 1979 waren es nur gut 15%.

Einer Abnahme in der Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen steht eine Zunahme der 35- bis 44-jährigen Inhaber gegenüber. Über ein Drittel der Inhaber entfiel 1979 auf die Altersgruppe 45 bis 54 Jahre. Es ist heute nur noch gut ein Viertel. 1999 waren rund 28% der Inhaber zwischen 35 und 44 Jahre alt. 1979 wiesen erst 24% ein entsprechendes Alter auf. Von den übrigen Familienarbeitskräften ist inzwischen fast ein Drittel der Arbeitskräfte älter als 60 Jahre; 1979 waren es gerade knapp 18%. Nur 23% der mithelfenden Familienangehörigen sind jünger als 35 Jahre, während es 1979 noch 31% waren.

1999 nur jede sechste Arbeitskraft vollbeschäftigt

Die Ergebnisse des Personengruppenkonzeptes stellen die Grundlage für die weiteren Betrachtungen dar. Die Ergebnisse nach den vier Arbeitszeitgruppen zeigen, dass die gering Beschäftigten mit gut 63 000 Personen die größte Gruppe unter den Arbeitskräften stellen. Es handelt sich hierbei überwiegend um Saisonarbeitskräfte. Teilweise beschäftigt waren knapp 23 000 Personen. Die Gruppe der überwiegend Beschäftigten war mit 11 500 Personen weitaus geringer als die Gruppe der Vollbeschäftigten (19 700). Damit war nur etwa jede sechste Arbeitskraft vollbeschäftigt. Diese vollbeschäftigten Arbeitskräfte arbeiteten in gut 13 000 Betrieben.

Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben 1999 nach Betriebsformen, Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) und Größenklassen des Standardbetriebseinkommens

Betriebsform Größenklasse	Betriebe	Arbeitskräfte					Darunter Familienarbeitskräfte ¹⁾					Betriebliche Arbeitsleistung (AK-Einheiten)	
		ins- gesamt	vollbe- schäftigt	teilbeschäftigt			zusam- men	vollbe- schäftigt	teilbeschäftigt			insge- samt	je 100 ha LF
				über- wiegend	teil- weise	gering			über- wiegend	teil- weise	gering		
	Anzahl												1 000
Insgesamt	35 475	117 374	19 661	11 483	22 919	63 311	60 037	14 136	10 200	16 294	19 407	39,0	5,5
darunter in													
Marktfroctbetrieben	7 079	21 491	3 009	2 014	4 152	12 316	11 400	2 424	1 872	3 302	3 802	6,7	2,7
Futterbaubetrieben	9 025	16 465	4 570	2 671	4 146	5 078	14 357	3 770	2 496	3 764	4 327	7,5	2,5
Veredlungsbetrieben	579	1 337	473	198	300	366	952	334	173	231	214	0,7	4,0
Dauerkulturbetrieben	16 302	64 908	9 081	5 701	12 039	38 087	29 243	6 498	5 028	7 968	9 749	19,3	16,7
In Betrieben mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... ha													
unter 2 ²⁾	8 170	19 564	1 392	1 663	5 300	11 209	13 357	770	1 511	4 580	6 496	4,8	64,2
2 – 5	7 187	19 614	2 029	2 006	3 999	11 580	11 030	1 461	1 795	3 086	4 688	5,3	22,5
5 – 10	5 307	16 471	2 471	1 667	3 133	9 200	8 255	1 891	1 500	2 152	2 712	5,1	13,6
10 – 20	4 949	17 500	3 053	1 685	3 819	8 943	8 395	2 061	1 487	2 553	2 294	6,0	8,4
20 – 30	2 346	9 249	1 645	1 022	1 623	4 959	4 287	1 257	930	1 130	970	3,2	5,5
30 – 50	3 116	12 471	2 925	1 401	1 915	6 230	5 795	2 279	1 272	1 213	1 031	5,0	4,1
50 – 75	2 024	8 694	2 453	907	1 599	3 735	4 002	1 861	807	761	573	3,9	3,1
75 – 100	1 141	6 283	1 617	554	683	3 429	2 377	1 218	439	411	309	2,6	2,7
100 und mehr	1 235	7 528	2 076	578	848	4 026	2 539	1 338	459	408	334	3,2	1,8
In Betrieben mit einem Standardbetriebseinkommen von ... DM													
unter 5 000	13 752	22 049	325	1 591	7 045	13 088	19 049	262	1 538	6 687	10 562	4,3	6,9
5 000 – 10 000	3 830	9 150	419	1 285	2 811	4 635	6 557	354	1 224	2 496	2 483	2,3	5,9
10 000 – 20 000	3 795	11 068	1 128	1 701	2 826	5 413	7 050	998	1 610	2 386	2 056	3,3	5,9
20 000 – 30 000	2 309	7 935	1 319	1 172	1 446	3 998	4 293	1 160	1 094	1 041	998	2,7	6,4
30 000 – 50 000	3 137	11 549	2 712	1 606	1 712	5 519	5 844	2 310	1 517	1 060	957	4,6	6,1
50 000 – 75 000	2 815	10 679	3 058	1 234	1 438	4 949	5 149	2 582	1 102	819	646	4,6	4,9
75 000 – 100 000	1 998	8 426	2 620	999	1 096	3 711	3 692	1 965	855	446	426	3,9	4,4
100 000 und mehr	3 839	36 518	8 080	1 895	4 545	21 998	8 403	4 505	1 260	1 359	1 279	13,5	5,2

1) In Betrieben, die in der Rechtsform eines Einzelunternehmens geführt werden. – 2) Betriebe, die auf Flächen von mindestens 30 Ar im Freiland oder 3 Ar unter Glas Sonderkulturen anbauen oder deren Viehhaltung eine festgelegte Größenordnung übersteigt.

Tendenziell lässt sich feststellen, dass mit zunehmender Betriebsgröße der Anteil der Betriebe mit vollbeschäftigten Arbeitskräften zu- und die Zahl der AK-Einheiten je 100 ha LF abnimmt. In der Größenklasse 2 bis 5 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) verfügen weniger als 21% der Betriebe über vollbeschäftigte Arbeitskräfte. Dieser Anteil steigt dann kontinuierlich von Größenklasse zu Größenklasse an und beträgt in der größten dargestellten Größenklasse (100 ha LF und mehr) 95%. Da sich in den unteren Größenklassen verstärkt Wein- und Gartenbaubetriebe befinden, die aufgrund der arbeitsintensiveren Produktionsverfahren einen höheren Arbeitskräfteeinsatz haben, ist der Arbeitskräfteeinsatz je 100 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche deutlich höher. Die in der Regel flächenstärkeren Marktfroct- und Futterbaubetriebe benötigen demgegenüber deutlich weniger Arbeitskräfte. Darüber hinaus ist in größeren Betrieben die Mechanisierung deutlich weiter fortgeschritten. Umgerechnet knapp 23 AK-Einheiten je 100 ha LF werden in den 7 200 Betrieben mit 2 bis 5 ha LF geleistet. Die 1 200 Betriebe mit 100 ha LF und mehr kommen dagegen nur auf 1,8 AK-Einheiten.

41% der Vollbeschäftigten in den einkommensstärksten Betrieben

Wegen der unterschiedlichen Produktivität der Flächen ist die auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche bezogene Betriebsgröße kein geeigneter Maßstab zur Beurteilung der Einkommens- und der damit verknüpften Beschäftigungsmöglichkeiten eines landwirtschaftlichen Betriebes. Das Standardbetriebseinkommen als ein unter Verwendung statistischer Quellen berechnetes Einkommen zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Größe eines Betriebes eignet sich hierfür besser. Es wird unter modellmäßigen Annahmen anhand der betrieblichen Daten über Art und Umfang der Bodennutzung und Viehhaltung berechnet. Da nicht mit den betriebsspezifischen Erträgen, Preisen oder Kosten gerechnet wird, sondern mit standardisierten Werten, sagt der Maßstab allerdings wenig über die tatsächlichen Einkommensverhältnisse des einzelnen Betriebes aus. In Einzelfällen wird darüber hinaus bei nicht so verbreiteten Produktionsverfahren, wie z. B. der Damtierhaltung, ein zu geringes Standardbetriebseinkommen be-

rechnet, da die notwendigen statistischen Daten nicht erhoben werden. Auch eventuelle Nebenbetriebe oder Dienstleistungen, die z. B. Reiterhöfe erbringen, werden nicht bei der Berechnung des Standardbetriebseinkommens berücksichtigt.

Die gut 3 800 Betriebe mit einem Standardbetriebseinkommen von 100 000 DM und mehr beschäftigen immerhin 31% aller Arbeitskräfte. Von den vollbeschäftigten Arbeitskräften entfallen sogar 41% auf diese Betriebe; sie werden gut zur Hälfte von den Familienarbeitskräften gestellt. Weiterhin wird ein Drittel der gering Beschäftigten, die fast ausschließlich zu den familienfremden Arbeitskräften gehören, von Betrieben mit einer Einkommenskapazität dieser Größenordnung eingesetzt. Die Betriebe mit einem geringen Standardbetriebseinkommen verfügen nur über wenige Vollbeschäftigte. Nur 400 Arbeitskräfte sind zum Beispiel in den Betrieben mit 5 000 bis 10 000 DM Standardbetriebseinkommen vollbeschäftigt. Die Arbeitskräfte sind auf diesen Betrieben in der Regel nur gering oder teilweise beschäftigt und die Arbeiten werden vorwiegend durch Familienarbeitskräfte erledigt.

Nach der Betriebssystematik haben 46% der landwirtschaftlichen Betriebe den betrieblichen Schwerpunkt im Wein- oder Obstbau. Die 16 000 Dauerkulturbetriebe, zu denen die Wein- und Obstbaubetriebe gehören, beschäftigen 55% der Arbeitskräfte. Da auf diesen Betrieben in hohem Maße saisonale Arbeiten anfallen, sind rund 60% der gering Beschäftigten auf den Dauerkulturbetrieben tätig. 46% der Vollbeschäftigten arbeiten im Wein- oder Obstbau. Die Arbeitsleistung der in Dauerkulturbetrieben beschäftigten Arbeitskräfte stellt mit 19 300 AK-Einheiten die Hälfte der in den landwirtschaftlichen Betrieben erbrachten Gesamtleistung dar. Dies entspricht auf die Fläche umgerechnet rund 16,7 AK-Einheiten je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche.

Die 9 000 Futterbaubetriebe, die ein Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe stellen, beschäftigen nur 14% aller Arbeitskräfte. Wegen der Viehhaltung in den Milchvieh- und Rindermastbetrieben sind täglich Arbeiten durchzuführen und die Betriebe verfügen deshalb auch über einen größeren Anteil an Vollbeschäftigten (23%) und überwiegend Beschäftigten (23%). Gering Beschäftigte werden kaum (8%) eingesetzt. Marktfruchtbetriebe (7 000), zu denen 20% der Betriebe zählen, haben im Gegensatz dazu einen Anteil von 20% an den gering Beschäftigten und nur 15% an den Vollbeschäftigten. Dies ist auf die sehr stark saisonalen Arbeitsspitzen im Marktfruchtbereich zurückzuführen. Diese treten besonders in Rheinland-Pfalz beim regional bedeutenden Feldgemüseanbau auf, der neben dem Getreide- und Hackfruchtanbau zum Marktfruchtbau gehört. Die Arbeitsleistung liegt nicht zuletzt im Hinblick auf den Gemüseanbau mit 2,7 AK-Einheiten je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche etwas höher als im

Futterbau (2,5 AK-Einheiten). Die Veredlung in Rheinland-Pfalz hat kaum Bedeutung, sodass auch nur 1,1% der Beschäftigten in diesem Bereich tätig sind.

9% der Arbeitskräfte im Landkreis Mainz-Bingen

Die durch den Anbau von Sonderkulturen wie Wein, Obst und Gartengewächse geprägten Landkreise weisen bei einer regionalen Betrachtung die meisten Arbeitskräfte auf. Gut 11 000 Personen, das sind etwa 9% aller Arbeitskräfte, arbeiten in den Betrieben des Landkreises Mainz-Bingen. Mit rund 10 700 Arbeitskräften folgt der Landkreis Bernkastel-Wittlich dichtauf. Die Landkreise Alzey-Worms (9 600), Trier-Saarburg (9 000) und Südliche Weinstraße (8 700) verfügen ebenfalls noch über überdurchschnittlich viele Arbeitskräfte.

Die große Zahl an Arbeitskräften in diesen Landkreisen ist mit den vielen Saisonarbeitskräften zu erklären. Die Gruppe der gering Beschäftigten, zu denen die im Gemüse-, Wein- und Obstbau eingesetzten Saisonarbeitskräfte gehören, stellen in den Landkreisen mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte. Im Landkreis Bernkastel-Wittlich gehören 58% der Arbeitskräfte zu den gering Beschäftigten. Der Anteil liegt in den Landkreisen Mainz-Bingen (55%), Trier-Saarburg (56%), Südliche Weinstraße (55%) und Alzey-Worms (54%) auf einem ähnlichen Niveau. Es handelt sich hierbei überwiegend um familienfremde Arbeitskräfte.

Die größte Bedeutung haben die Saisonarbeitskräfte allerdings in den beiden Landkreisen Ludwigshafen (79%) und Germersheim (70%). Der in diesem Gebiet stark verbreitete Gemüseanbau ist der Grund für die vielen Saisonarbeitskräfte, die oft aus dem Ausland kommen. Von den 5 800 gering Beschäftigten im Landkreis Ludwigshafen gehören nur 4,3% zu den Familienarbeitskräften. Gut 10% sind es im Landkreis Germersheim.

Die gering Beschäftigten haben dagegen in den mehr durch den Ackerbau und die Viehhaltung geprägten Landkreisen deutlich geringere Bedeutung und es handelt sich fast ausschließlich um Familienmitglieder. Im Landkreis Bitburg-Prüm gehören nur 26% der Arbeitskräfte zu den gering Beschäftigten. Etwas mehr sind es in den Landkreisen Birkenfeld (29%) und Südwestpfalz (30%). In diesen Gebieten ist demgegenüber eine größere Zahl an Arbeitskräften vollbeschäftigt oder überwiegend beschäftigt. Allein 34% der Arbeitskräfte des Landkreises Bitburg-Prüm sind vollbeschäftigt, ein Wert, der in keinem anderen Landkreis erreicht wird und auf die große Bedeutung der Viehhaltung in Bitburg-Prüm zurück zu führen sein dürfte. Die Landkreise Birkenfeld und Südwestpfalz weisen mit 24% ebenfalls einen überdurchschnittlichen Anteil vollbeschäftigter Arbeitskräfte auf.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Erwerbstätigkeit 1980-2000 – Ergebnisse des Mikrozensus

Beim Mikrozensus handelt es sich um eine bereits seit 1957 jährlich durchgeführte Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. So können kontinuierlich aktuelle Daten über die Erwerbs- und Sozialstruktur der Bevölkerung bereitgestellt werden.

Die Erhebung umfasst ähnliche Merkmale wie die nur in größeren Zeitabständen durchgeführten Volks- und Berufszählungen. Das Fragenprogramm geht jedoch über das der Großzählungen hinaus. Insoweit dient der Mikrozensus nicht nur der Überbrückung, sondern er-

möglicht einen differenzierteren Ergebnisausweis. Fragen und damit auch Ergebnisse zur Erwerbsbeteiligung gehören zum Kernbereich des Mikrozensus und der mit ihm gleichzeitig durchgeführten EU-Arbeitskräfteerhebung. Nach dem für beide Erhebungen sowie international geltenden Erwerbskonzept ist jede Person erwerbs- bzw. berufstätig, die 15 Jahre und älter ist und in der Berichtswoche (im Jahr 2000: 8. bis 14. Mai) zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt, Bezahlung, unternehmerischer Gewinn) gearbeitet hat. Hierzu zählen alle, die

Bevölkerung 1980-2000 nach Beteiligung am Erwerbsleben

Beteiligung am Erwerbsleben	1980	1985	1990	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Anzahl (1000)												
Männlich												
Erwerbspersonen	1 033,0	1 050,6	1 094,0	1 115,7	1 118,0	1 109,6	1 102,4	1 104,9	1 101,8	1 109,7	1 100,6	1 113,4
Erwerbstätige	1 015,5	987,8	1 045,8	1 063,2	1 051,5	1 023,4	1 023,0	1 017,8	1 009,5	1 023,7	1 023,4	1 040,3
Erwerbslose	17,5	62,8	48,3	52,5	66,5	86,2	79,5	87,2	92,3	86,0	77,2	73,1
Nichterwerbspersonen	704,1	681,7	707,4	756,2	781,5	811,3	829,9	840,6	859,1	858,3	871,3	859,6
Bevölkerung	1 737,1	1 732,3	1 801,4	1 871,8	1 899,5	1 920,9	1 932,4	1 945,5	1 960,9	1 968,0	1 971,9	1 972,9
Weiblich												
Erwerbspersonen	579,2	634,7	710,8	732,1	741,9	745,3	746,5	758,2	764,3	785,3	807,3	822,2
Erwerbstätige	556,0	565,1	656,1	684,8	686,2	684,6	684,4	695,8	700,4	724,8	751,3	768,3
Erwerbslose	23,2	69,6	54,7	47,3	55,7	60,7	62,1	62,4	63,9	60,5	56,0	53,8
Nichterwerbspersonen	1 320,0	1 252,1	1 208,7	1 239,1	1 253,5	1 266,3	1 278,5	1 276,8	1 280,6	1 264,1	1 245,1	1 232,8
Bevölkerung	1 899,2	1 886,8	1 919,5	1 971,2	1 995,4	2 011,6	2 024,9	2 035,1	2 044,9	2 049,4	2 052,4	2 055,0
Insgesamt												
Erwerbspersonen	1 612,2	1 685,3	1 804,9	1 847,7	1 859,9	1 854,8	1 848,9	1 863,2	1 866,1	1 895,0	1 907,9	1 935,5
Erwerbstätige	1 571,5	1 552,9	1 701,8	1 748,0	1 737,7	1 708,0	1 707,4	1 713,6	1 709,9	1 748,6	1 774,6	1 808,6
Erwerbslose	40,7	132,4	103,0	99,8	122,3	146,8	141,5	149,5	156,2	146,4	133,3	126,9
Nichterwerbspersonen	2 024,1	1 933,8	1 916,0	1 995,3	2 035,0	2 077,7	2 108,4	2 117,4	2 139,7	2 122,4	2 116,4	2 092,4
Bevölkerung	3 636,3	3 619,1	3 720,9	3 843,0	3 894,9	3 932,5	3 957,3	3 980,6	4 005,8	4 017,4	4 024,3	4 027,9
Anteil an der Bevölkerung (%)												
Männlich												
Erwerbspersonen	59,5	60,6	60,7	59,6	58,9	57,8	57,0	56,8	56,2	56,4	55,8	56,4
Erwerbstätige	58,5	57,0	58,1	56,8	55,4	53,3	52,9	52,3	51,5	52,0	51,9	52,7
Erwerbslose	1,0	3,6	2,7	2,8	3,5	4,5	4,1	4,5	4,7	4,4	3,9	3,7
Nichterwerbspersonen	40,5	39,4	39,3	40,4	41,1	42,2	42,9	43,2	43,8	43,6	44,2	43,6
Weiblich												
Erwerbspersonen	30,5	33,6	37,0	37,1	37,2	37,1	36,9	37,3	37,4	38,3	39,3	40,0
Erwerbstätige	29,2	30,0	34,2	34,7	34,4	34,0	33,8	34,2	34,3	35,4	36,6	37,4
Erwerbslose	1,2	3,7	2,8	2,4	2,8	3,0	3,1	3,1	3,1	3,0	2,7	2,6
Nichterwerbspersonen	69,5	66,4	63,0	62,9	62,8	62,9	63,1	62,7	62,6	61,7	60,7	60,0
Insgesamt												
Erwerbspersonen	44,3	46,6	48,5	48,1	47,8	47,2	46,7	46,8	46,6	47,2	47,4	48,1
Erwerbstätige	43,2	42,9	45,7	45,5	44,6	43,4	43,1	43,0	42,7	43,5	44,1	44,9
Erwerbslose	1,1	3,7	2,8	2,6	3,1	3,7	3,6	3,8	3,9	3,6	3,3	3,2
Nichterwerbspersonen	55,7	53,4	51,5	51,9	52,2	52,8	53,3	53,2	53,4	52,8	52,6	51,9

- in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen, so auch Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende,
- als Selbstständige ein Gewerbe, einen freien Beruf, einen landwirtschaftlichen oder ähnlichen Betrieb betreiben oder im Familienbetrieb mitarbeiten,
- in einem Ausbildungsverhältnis stehen,
- ihre Tätigkeit nur mit einer geringen Stundenzahl ausüben, eventuell nur eine Stunde pro Woche,
- geringfügige oder gelegentliche Tätigkeiten ausüben.

Daneben handelt es sich aber auch um Personen, die normalerweise erwerbstätig sind, aber in der Berichtswoche z. B. krank oder in Urlaub (auch im Erziehungs-, Bildungs- oder Sonderurlaub) waren, sowie um Personen, die als mithelfende Angehörige in einem Familienbetrieb oder z. B. als Hausfrau, Rentner, Schüler oder Student in einer geringfügigen Beschäftigung arbeiten. Zielsetzung des Mikrozensus ist es, jede nur mögliche Erwerbsbeteiligung in die Ergebnisdarstellungen einzubeziehen.

Im Folgenden sollen erste Strukturdaten zur Erwerbstätigkeit des Jahres 2000 dargestellt werden. Daneben werden mit dem Ende bzw. Neubeginn einer Zeitdekade Entwicklungen im Vergleich der letzten zwanzig Jahre beleuchtet.

Mehr als 1,8 Mill. Erwerbstätige

Im Jahr 2000 überschritt die Zahl der Erwerbstätigen erstmals die 1,8-Millionen-Schwelle, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung und somit einer Erwerbstätigenquote von 44,9% entsprach. Während etwa bis Mitte der achtziger Jahre aufgrund der Bevölkerungsentwicklung auch die Zahl der Erwerbstätigen stetig abnahm, wurde dieser Trend durch den infolge der politischen Ereignisse starken Zustrom von Personen im erwerbsfähigen Alter gestoppt. 1990 – im Jahr der deutschen Einheit – erreichte die Erwerbstätigenquote mit 45,7% ihren höchsten Stand innerhalb der letzten 20 Jahre.

Der Anteil der erwerbstätigen Männer an der männlichen Bevölkerung war mit 58,5% im Jahr 1980 am größten. Er ging in den Folgejahren jedoch kontinuierlich zurück und erreichte im Jahr 1997 mit einem Anteil von 51,5% seinen Tiefststand. Bei einer leichten Aufwärtsentwicklung lag die Erwerbstätigenquote im Jahr 2000 bei den männlichen Beschäftigten immer noch um fast 6 Prozentpunkte unter dem Stand von 1980.

Immer mehr Frauen erwerbstätig

Nicht nur der Wunsch nach einem zusätzlichen Einkommen für die Familie, sondern auch die gesellschaftlichen Entwicklungen führten dazu, dass die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den letzten zwanzig Jahren (mit Ausnahme der Jahre 1994 und 1995) immer weiter anstieg. Während die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Jahr 2000 im Vergleich zu 1980 nur um etwas mehr als 15% (237 000) höher lag, sind heute mit 768 300 rund 38% mehr Frauen berufstätig als vor zwanzig Jahren. Bei den Männern lag die Zahl der Erwerbstätigen im letzten Jahr nur um 2,5% höher als zwei Jahrzehnte zuvor.

Zahl der Erwerbslosen rückläufig

Als erwerbslos gelten die Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und nur vorübergehend – da sie noch keinen (neuen) Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind oder als Schulentlassene eine Lehr-/Arbeitsstelle suchen. Die Bezeichnung „erwerbslos“ ist unabhängig davon, ob jemand beim Arbeitsamt als Arbeitsloser oder als Arbeitssuchender gemeldet ist bzw. Arbeitslosengeld oder -hilfe erhält.

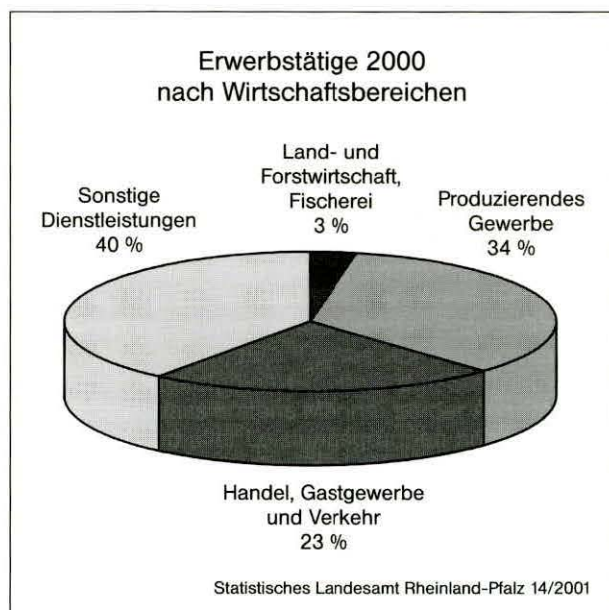
40 700 Erwerbslose bedeuteten 1980 einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von nur 1,1%. Bis 1985 stieg deren Zahl um mehr als das Dreifache, was einem Anteil von 3,7% entsprach. Nach einer Phase konjunkturellen Aufschwungs bis zum Beginn der neunziger Jahre lag die Erwerbslosenquote 1992 letztmalig unter 3%. Mit einer Quote von 3,2% näherte sich das Ergebnis des Mikrozensus 2000 wieder diesem Grenzwert.

1990 höchste Erwerbsquote

In der Summe aller am Erwerbsleben beteiligten Personen (Erwerbstätige und Erwerbslose) zeigt sich, dass im Jahr 1990 mit 48,5% die höchste Erwerbsquote der beiden letzten Dekaden zu verzeichnen war. Auch bei den Männern lag dieser Anteilswert vor zehn Jahren am höchsten. Die weiblichen Erwerbspersonen konnten ihre Quote im Jahr 2000 erstmals auf 40% vergrößern. Demnach erreichte die Zahl aller Nichterwerbspersonen, die keine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen, im Jahre 1990 mit 51,5% den niedrigsten Anteil an der Bevölkerung innerhalb der letzten zwanzig Jahre, während er im Jahr 2000 – wie 1992 – bei 51,9% lag.

40 000 Selbständige in Rheinland-Pfalz

Auch in der beruflichen Stellung der Erwerbstätigen gab es im Vergleich der letzten zwanzig Jahre durch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zum Teil größere



Erwerbstätige 1980-2000 nach Stellung im Beruf

Stellung im Beruf	1980	1985	1990	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Anzahl (1000)												
Erwerbstätige	1 571,5	1 552,9	1 701,8	1 748,0	1 737,7	1 708,0	1 707,4	1 713,6	1 709,9	1 748,6	1 774,6	1 808,6
Selbständige	143,9	145,6	153,4	166,1	158,0	159,6	161,3	160,2	166,0	168,1	171,7	183,0
mithelfende Familienangehörige	63,4	50,0	37,8	29,3	24,9	24,2	20,5	18,4	18,0	17,2	18,0	17,5
Beamte	148,7	158,5	154,9	149,0	145,1	144,2	139,7	139,0	143,5	139,0	132,3	130,1
Angestellte ¹⁾	558,8	592,0	675,9	710,1	723,9	736,1	733,6	758,5	762,2	804,6	830,3	834,8
Arbeiter ²⁾	656,7	606,8	679,8	693,4	685,7	643,9	652,2	637,6	620,2	619,6	622,3	643,2
Anteil an den Erwerbstätigen (%)												
Selbständige	9,2	9,4	9,0	9,5	9,1	9,3	9,4	9,3	9,7	9,6	9,7	10,1
mithelfende Familienangehörige	4,0	3,2	2,2	1,7	1,4	1,4	1,2	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0
Beamte	9,5	10,2	9,1	8,5	8,4	8,4	8,2	8,1	8,4	7,9	7,5	7,2
Angestellte ¹⁾	35,6	38,1	39,7	40,6	41,7	43,1	43,0	44,3	44,6	46,0	46,8	46,2
Arbeiter ²⁾	41,8	39,1	39,9	39,7	39,5	37,7	38,2	37,2	36,3	35,4	35,1	35,6
Messzahlen (1980=100)												
Erwerbstätige	100	98,8	108,3	111,2	110,6	108,7	108,6	109,0	108,8	111,3	112,9	115,1
Selbständige	100	101,2	106,6	115,4	109,8	110,9	112,1	111,3	115,4	116,8	119,3	127,2
mithelfende Familienangehörige	100	78,9	59,6	46,2	39,3	38,2	32,3	29,0	28,4	27,1	28,4	27,6
Beamte	100	106,6	104,2	100,2	97,6	97,0	93,9	93,5	96,5	93,5	89,0	87,5
Angestellte ¹⁾	100	105,9	121,0	127,1	129,5	131,7	131,3	135,7	136,4	144,0	148,6	149,4
Arbeiter ²⁾	100	92,4	103,5	105,6	104,4	98,1	99,3	97,1	94,4	94,4	94,8	97,9

1) Einschließlich Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen. - 2) Einschließlich Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

strukturelle Veränderungen. Im Jahr 2000 gingen fast 40 000 Personen oder 27% mehr einer selbständigen Tätigkeit nach als 1980.

Als Selbständige bewertet der Mikrozensus alle Erwerbstätigen, die ein Unternehmen oder eine Arbeitsstätte als Eigentümer, Miteigentümer, Pächter oder selbständiger Handwerker leiten, also auch die freiberuflich Tätigen, jedoch nicht solche Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis stehen und lediglich innerhalb ihres Arbeitsbereiches selbständig disponieren können.

Während zwischen 1980 und 1990 bei den Selbständigen per Saldo ein Anstieg um insgesamt 9 500 Erwerbstätige festzustellen war, nahm die Zahl der Freiberufler allein von 1999 bis 2000 um 11 300 oder 6,6% zu. Berufliche Neuorientierungen aufgrund der Gegebenheiten am Arbeitsmarkt, Einstiegserleichterungen durch staatliche Förderung bei Existenzgründungen oder auch nur der Wunsch nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit können Ursachen für diese Entwicklung sein.

Eine Berufsgruppe, die gerade in Haushalten Selbständiger in früheren Zeiten eine nicht unbedeutende Rolle spielte, tritt heute immer mehr in den Hintergrund. Es handelt sich hier um die so genannten mithelfenden Familienangehörigen, die, ohne Lohn oder Gehalt zu empfangen, in einem landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb des Haushaltsvorstandes oder eines anderen Haushaltsmitgliedes mitarbeiten und auch keine Sozialversicherungspflichtbeiträge entrichten. In dieser Situation einer „entgeltfreien“ Tätigkeit ohne Sicherstellung eines eigenen Anspruchs auf Altersvorsorge liegt sicher der wesentliche Grund für den Rück-

gang der Erwerbstätigen in diesem Bereich, zu denen auch Personen gehören, die in einem Betrieb eines nicht im gleichen Haushalt wohnenden Familienangehörigen arbeiten.

So betrug der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen an den Erwerbstätigen vor zwanzig Jahren mit 63 400 Beschäftigten noch etwas mehr als 4%. 1990 war der Anteilswert schon auf die Hälfte und bis zum Jahr 2000 mit 17 500 Erwerbstätigen unter 1% gesunken.

13% weniger Beamte als 1980

Durch den wirtschaftlichen Wandel innerhalb der neunziger Jahre haben sich Veränderungen auch bei den Beschäftigten ergeben, die in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen: den Beamten des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften, zu denen auch Richter, Beamtenanwärter und Beamte im Vorbereitungsdienst zählen. Die Privatisierung von Bundesbahn und Bundespost sowie in weiteren Teilen des öffentlichen Dienstes oder der Rückgang der Berufs- und Zeitsoldaten, die neben den Wehrpflichtigen ebenfalls den Beamten zugeordnet werden, schlagen sich auch in den Ergebnissen des Mikrozensus nieder.

1985 war noch jeder zehnte Erwerbstätige ein Beamter. Bis 1990 und im Verlauf der folgenden Dekade reduzierte sich der Anteil dieser Berufsgruppe fast kontinuierlich um insgesamt 3 Prozentpunkte. Im Jahr 2000 standen in Rheinland-Pfalz noch 130 000 Erwerbstätige und damit fast 13% weniger als vor zwanzig Jahren in einem solchen Dienstverhältnis.

Die größte Zahl der Erwerbstätigen nimmt seit jeher als Angestellte oder Angestellter bzw. Arbeiterin oder Arbeiter am Arbeitsprozess teil. Während Angestellte als Gehaltsempfänger in einem Arbeitnehmerverhältnis stehen und überwiegend in kaufmännischen, technischen und Verwaltungsberufen arbeiten, gelten als Arbeiter alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode. Hierzu zählen Facharbeiter, angelernte Arbeiter oder Hilfsarbeiter sowie Heimarbeiter und Hausgehilfinnen. Entsprechend diesen Kriterien sind auch Auszubildende der jeweiligen Berufsgruppe zugeordnet und in den Ergebnissen der Angestellten bzw. Arbeiter enthalten.

Mit einem Gesamtanteil an den Erwerbstätigen von 82% im Jahr 2000 hat sich die Dominanz der Lohn- und Gehaltsempfänger im Vergleich zu 1980 (77%) um 5 Prozentpunkte weiter verstärkt. Im direkten Vergleich der beiden Berufskategorien hat sich jedoch das „Kräfteverhältnis“ deutlich zugunsten der Angestellten verändert.

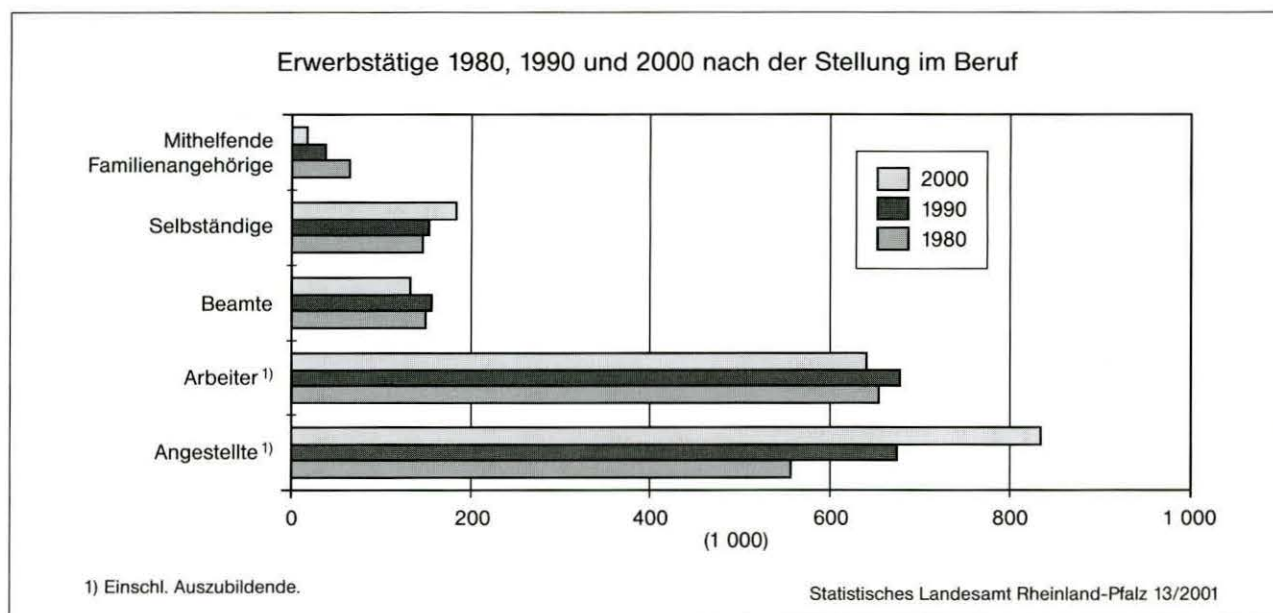
Zu Beginn der achtziger Jahre lag der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen bei 42%, der der Angestellten bei 36%. Zehn Jahre später hatte sich dieses Verhältnis bereits egalisiert und jeweils 40% der Beschäftigten konnten sich als Angestellte oder Arbeiter bezeichnen. Im Jahr 2000 standen 835 000 Gehaltsempfängern insgesamt 643 000 Lohnempfänger gegenüber. Im Vergleich zu 1980 hatte sich die Zahl der Angestellten um das Eineinhalbfache und deren Anteil an den Erwerbstätigen auf 46% erhöht. Bei einem Rückgang um 13 000 Beschäftigte war der Anteil der Arbeiter mit 36% im Jahr 2000 gleich dem der Angestellten zwanzig Jahre zuvor.

Seit 1995 neue Wirtschaftssystematik

In den Ergebnistabellen des Mikrozensus werden die Erwerbstätigen bis 1994 nach Wirtschaftsabteilungen, ab 1995 nach Wirtschaftsunterbereichen dargestellt. Ursache dieser Unterscheidung ist die im Jahr 1995 beim

Erwerbstätige 1980-2000 nach Wirtschaftsabteilungen bzw. Wirtschaftsunterbereichen

Wirtschaftsabteilung	1980	1985	1990	Wirtschaftsunterbereich	1995	1998	1999	2000
	1000				1000			
Männlich								
Land- und Forstwirtschaft	48,5	51,0	42,1	Land- und Forstwirtschaft	35,4	32,7	34,6	37,0
Energie, Wasser und Bergbau	11,6	11,7	12,1	Energie- und Wasserversorgung	13,8	11,8	11,5	11,7
Verarbeitendes Gewerbe	426,3	389,1	411,7	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	357,0	341,2	346,0	340,1
Baugewerbe	109,8	102,3	116,9	Baugewerbe	128,7	127,6	130,1	132,5
Handel	80,0	84,1	82,3	Handel und Gastgewerbe	125,7	143,6	135,1	145,3
Verkehr und Nachrichten	68,1	64,4	64,6	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	66,1	61,9	62,3	65,9
Kredit und Versicherung	21,1	26,1	27,1	Kredit- und Versicherungsgewerbe	29,6	32,2	31,7	32,9
Dienstleistungen	101,1	105,9	134,4	Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	42,0	51,3	52,4	56,1
Organisationen o.E., private Haushalte	(9,4)	11,0	13,1	Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung)	103,2	110,3	113,0	114,0
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	139,6	142,2	141,4	Öffentliche Verwaltung u. Ä.	121,3	111,0	106,6	104,8
Zusammen	1 015,5	987,8	1 045,8	Zusammen	1 023,0	1 023,7	1 023,4	1 040,3
Weiblich								
Land- und Forstwirtschaft	51,2	39,8	28,3	Land- und Forstwirtschaft	19,6	18,2	18,8	17,9
Energie, Wasser und Bergbau	/	/	/	Energie- und Wasserversorgung	/	/	/	/
Verarbeitendes Gewerbe	134,9	124,8	137,3	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	119,8	116,3	119,9	118,3
Baugewerbe	(5,9)	(9,1)	11,5	Baugewerbe	16,9	19,3	17,2	19,1
Handel	104,7	98,6	122,1	Handel und Gastgewerbe	151,6	168,7	171,5	180,9
Verkehr und Nachrichten	16,0	17,1	19,8	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	26,9	26,1	26,5	26,4
Kredit und Versicherung	20,4	23,1	24,1	Kredit- und Versicherungsgewerbe	29,7	29,3	29,0	31,2
Dienstleistungen	166,6	184,6	225,7	Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	43,0	50,8	52,8	56,7
Organisationen o.E., Private Haushalte	13,8	15,3	24,5	Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung)	216,8	234,8	248,8	257,0
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	40,4	51,5	60,5	Öffentliche Verwaltung u. Ä.	56,2	59,1	63,7	58,9
Zusammen	556,0	565,1	656,1	Zusammen	684,4	724,8	751,3	768,3
Insgesamt								
Land- und Forstwirtschaft	99,7	90,8	70,4	Land- und Forstwirtschaft	54,9	50,9	53,4	54,9
Energie, Wasser und Bergbau	13,7	12,9	14,4	Energie- und Wasserversorgung	17,6	14,0	14,4	13,7
Verarbeitendes Gewerbe	561,2	513,9	549,0	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	476,8	457,6	465,8	458,5
Baugewerbe	115,7	111,4	128,4	Baugewerbe	145,7	146,9	147,4	151,6
Handel	184,7	182,7	204,4	Handel und Gastgewerbe	277,4	312,4	306,7	326,2
Verkehr und Nachrichten	84,1	81,5	84,4	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	93,0	88,0	88,9	92,3
Kredit und Versicherung	41,5	49,2	51,2	Kredit- und Versicherungsgewerbe	59,4	61,5	60,7	64,0
Dienstleistungen	267,7	290,5	360,1	Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	85,0	102,1	105,2	112,8
Organisationen o.E., Private Haushalte	23,2	26,3	37,6	Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung)	320,1	345,1	361,8	371,0
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	180,0	193,7	201,9	Öffentliche Verwaltung u. Ä.	177,5	170,2	170,3	163,7
Insgesamt	1 571,5	1 552,9	1 701,8	Insgesamt	1 707,4	1 748,6	1 774,6	1 808,6



Mikrozensus erstmals verwendete Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), die auf der international geltenden Systematik NACE gründet.

Hierdurch ergaben sich teilweise deutliche Verschiebungen unter den einzelnen Gliederungspositionen, sodass ein Vergleich der Ergebnisse ab dem Mikrozensus 1995 mit den Vorjahren nur noch sehr eingeschränkt möglich ist. Von den Umgruppierungen sind alle vier Wirtschaftsbereiche (Land- und Forstwirtschaft/Produzierendes Gewerbe/Handel, Gastgewerbe und Verkehr/Übriger Wirtschaftsbereich) betroffen. Teilweise sind zwar die verbalen Beschreibungen der einzelnen Positionen gleich geblieben, nicht aber deren Inhalte. Zum Beispiel wird das Gastgewerbe, das bis 1994 dem „Übrigen Wirtschaftsbereich“ zugeordnet war, nun gemeinsam mit dem Bereich Handel, Verkehr, Nachrichten ausgewiesen.

Aus diesem Grund wird im Folgenden auf einen wie zuvor dargestellten Vergleich der Jahre 1980 bis 2000 verzichtet und die Betrachtung auf die Entwicklung seit 1995 beschränkt.

Zunahme im „Dienstleistungsbereich“ am größten

Hier zeigt sich, dass in fast allen Wirtschaftsunterbereichen mit dem Schwerpunkt „Dienstleistungen“ die größten Zunahmen an Erwerbstätigen zu verzeichnen sind. 1995 waren im Handel und Gastgewerbe 277 000 Personen beschäftigt. Fünf Jahre später verdienten dort rund 50 000 oder 18% Erwerbstätige mehr ihren Unterhalt. Im Bereich Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen wurden im Jahr 2000 mit 113 000 Erwerbstätigen 33% mehr beschäftigt als Mitte der neunziger Jahre. Ein Plus von 51 000 Beschäftigten bedeutet im Bereich öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung) einen Zuwachs von 16% gegenüber dem Jahr 1995.

Allein in der öffentlichen Verwaltung war im Vergleich der Jahre 1995 und 2000 ein Rückgang von 14 000 Erwerbstätigen festzustellen. Im vergangenen Jahr arbeitete nur noch jeder Elfte in diesem klassischen Dienstleistungsbereich.

Während bei den Erwerbstätigen sowohl in der Land- und Forstwirtschaft, die auch die Tierhaltung und die Fischerei mit einschließt, als auch im Bereich des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung im Jahr 2000 der Stand von 1995 wieder erreicht wurde, reduzierte sich im Vergleichszeitraum die Zahl der Beschäftigten in Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung um 4 000 oder 22%. Beim verarbeitenden Gewerbe, dem auch der Bergbau zuzuordnen ist, handelt es sich um den Wirtschaftsunterbereich mit der höchsten Anzahl von Arbeitskräften. Mit 459 000 Erwerbstätigen arbeiteten dort allerdings im vergangenen Jahr 18 000 Personen (4%) weniger als 1995.

Auf eine positive Entwicklung kann das Baugewerbe zurückblicken. Während zwischen 1995 und 1999 jährlich nur leichte Zuwächse zu verzeichnen waren, erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2000 um 4 000 gegenüber dem Vorjahr und damit um 4% im Vergleich zu 1995.

In der geschlechtsspezifischen Betrachtung nahm die Zahl der erwerbstätigen Frauen mit 40 000 Personen oder 19% am stärksten im Wirtschaftsunterbereich öffentliche und private Dienstleistungen zu. Es folgen Handel und Gastgewerbe mit einem Plus von 29 000 Erwerbstätigen bzw. 19% sowie Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen (Zunahme: 14 000 oder 32%).

Auch bei den Männern sind die größten Steigerungen in diesen drei Wirtschaftsunterbereichen festzustellen, jedoch liegt hier Handel und Gastgewerbe mit 20 000 Erwerbstätigen mehr (+16%) vor den Bereichen Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen (Zunahme: 14 000 oder 34%) sowie öffentliche und private Dienstleistungen (+11 000 bzw. +10%). Während bei den Frauen im Vergleich der Jahre 1995 und 2000 der deutlichste Rückgang bei der Land- und Forstwirtschaft zu verzeichnen war (-9%), lag dieser bei den erwerbstätigen Männern mit einem Minus von 17 000 Beschäftigten (-14%) im Bereich der öffentlichen Verwaltung.

Diplom-Verwaltungswirt (FH) Lutz Zaun

Verdienste der Angestellten im Oktober 2000

Die vollzeitbeschäftigten Angestellten in Rheinland-Pfalz verdienten im Oktober 2000 durchschnittlich 5 791 DM brutto. Das sind 4,2% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre waren die Gehälter um 2,6% jährlich gestiegen. Mit der Verdiensterhebung werden die kaufmännischen und technischen Angestellten im produzierenden

Durchschnittliches Bruttomonatsgehalt der Angestellten im produzierenden Gewerbe, Handel sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe insgesamt

Geschlecht Leistungs- gruppe (LG)	Oktober 2000	Jährliche Veränderung	
		gegenüber Oktober 1999	im Zeitraum Oktober 1995 bis Oktober 2000
	DM		%
Kaufmännische und technische Angestellte			
Insgesamt	5 791	4,2	2,6
davon LG			
II	8 008	2,8	2,1
III	5 571	2,4	2,0
IV	4 033	6,2	2,2
V	3 407	3,0	4,0
Männer	6 501	4,1	2,1
davon LG			
II	8 201	3,0	2,0
III	5 977	2,5	1,9
IV	4 293	7,8	0,9
V	3 732	3,0	4,9
Frauen	4 611	4,4	3,2
davon LG			
II	6 856	2,4	3,1
III	4 896	2,3	2,3
IV	3 857	5,2	2,8
V	3 258	2,8	3,7
Kaufmännische Angestellte			
Insgesamt	5 326	4,6	2,7
Männer	6 076	4,8	2,1
Frauen	4 548	4,5	3,1
Technische Angestellte			
Insgesamt	6 891	3,2	2,5
Männer	7 069	3,2	2,3
Frauen	5 331	3,1	4,2

Gewerbe, Handel sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe erfasst, jedoch ohne die leitenden Angestellten mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis.

Die statistisch erfassten Angestellten werden vier Leistungsgruppen zugeordnet. Für Angestellte mit besonderer Erfahrung und selbstständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis (Leistungsgruppe II) wurde ein durch-

schnittliches Bruttomonatsgehalt von 8 008 DM errechnet, für Angestellte mit besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten, die nach allgemeiner Anweisung selbstständig arbeiten (Leistungsgruppe III) ein Verdienst von 5 571 DM, für Angestellte ohne eigene Entscheidungsbefugnis in einfacher Tätigkeit, deren Ausübung eine abgeschlossene Berufsausbildung oder aber auf anderem Wege erworbene Fachkenntnisse voraussetzt (Leistungsgruppe IV) ein Verdienst von 4 033 DM und für Angestellte in einfacher Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordert (Leistungsgruppe V) ein Verdienst von 3 407 DM. Ein gutes Viertel (26%) der erfassten Angestellten ist der Leistungsgruppe II zuzuordnen, knapp die Hälfte (48%) der Leistungsgruppe III, 22% der Leistungsgruppe IV und 4% der Leistungsgruppe V.

Der Durchschnittsverdienst der Frauen (4 611 DM) erreichte im Oktober 2000 knapp 71% des Gehaltsniveaus der Männer (6 501 DM). Der niedrigere Durchschnittsverdienst der Frauen kann teilweise durch eine schlechtere berufliche Qualifikation erklärt werden. Etwa 32% der Frauen waren den Leistungsgruppen IV und V zugeordnet, von den Männern nur 16%. Der Leistungsgruppe III wurden sowohl 48% der Männer als auch 48% der Frauen zugeordnet. Über ein Drittel (36%) der Männer, jedoch nur jede zehnte Frau gehörte der Leistungsgruppe II an.

In den fünf Jahren von Oktober 1995 bis Oktober 2000 stiegen die Gehälter der Frauen mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 3,2% stärker als die der Männer (2,1%). Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet die untere Leistungsgruppe V. Hier nahmen die Gehälter der Männer merklich stärker zu (4,9%) als die der Frauen in dieser Leistungsgruppe (3,7%). Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen war das relative Wachstum der Gehälter in der unteren Leistungsgruppe am stärksten, so dass sich der Abstand zu den Verdiensten der höheren Leistungsgruppen verringerte.

Etwa 70% der durch die Verdiensterhebung im Oktober 2000 erfassten Angestellten gehörten zur Gruppe der kaufmännischen Angestellten, die verbleibenden 30% waren technische Angestellte. Das Gehaltsniveau der kaufmännischen Angestellten (5 326 DM) lag im Durchschnitt aller Wirtschaftszweige um fast 23% unter dem der technischen Angestellten (6 891 DM). Der Verdienstunterschied zwischen kaufmännischen und technischen Angestellten fällt deutlich geringer aus, wenn die Gehälter der Männer und die der Frauen getrennt betrachtet werden. Bei den Männern war das Durchschnittsgehalt der kaufmännischen Angestellten rund 14% niedriger als das der technischen Angestellten, bei den Frauen knapp 15%. Dieses auf den ersten Blick scheinbar widersinnige Ergebnis der Statistik erklärt sich daraus, dass erstens Männer beider Angestelltenkategorien und aller Leistungsgruppen höhere Durchschnittsgehälter beziehen als entsprechend zugeordnete Frauen und dass zweitens der Männeranteil bei den technischen Angestellten (90%) deutlich größer ist als bei den kaufmännischen Angestellten (51%).¹⁾ Dadurch erhalten die relativ hohen Gehälter der als technische Angestellte beschäftigten Männer (7 069 DM) ein

1) Solche scheinbar widersinnigen Ergebnisse bei der Analyse von Durchschnittswerten werden auch als Simpson-Paradoxon bezeichnet. Vgl. hierzu: Krieg, Hans Herbert: Simpson-Paradoxon und Jahresverdiensterhebung 1998, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 12/99, S. 258 f.

Durchschnittliches Bruttomonatsgehalt der Angestellten nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Oktober 2000	Jährliche Veränderung		Abweichung vom Durchschnittsgehalt aller Wirtschaftszweige	Relation der Verdienste der Frauen zu den Verdiensten der Männer
		gegenüber Oktober 1999	im Zeitraum Oktober 1995 bis Oktober 2000		
	DM	%			
Produzierendes Gewerbe, Handel sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe insgesamt	5 791	4,2	2,6	0,0	70,9
Produzierendes Gewerbe	6 666	2,1	2,2	15,1	71,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5 846	4,8	2,5	0,9	64,3
verarbeitendes Gewerbe	6 716	2,3	2,3	16,0	72,1
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	6 377	3,4	2,0	10,1	75,2
Textil- und Bekleidungsgewerbe	6 090	4,8	3,2	5,2	68,9
Ledergewerbe	5 082	4,2	3,3	-12,2	67,3
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	5 870	2,1	2,5	1,4	68,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	6 118	2,4	2,2	5,6	70,6
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	7 840	6,6	1,8	35,4	66,6
chemische Industrie	7 292	2,3	2,0	25,9	78,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	6 079	2,5	2,6	5,0	70,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	6 318	2,0	3,1	9,1	68,6
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	6 279	2,4	2,1	8,4	69,5
Maschinenbau	6 446	1,6	2,3	11,3	67,1
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen					
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	6 837	3,6	2,3	18,1	67,8
Fahrzeugbau	7 389	1,8	2,5	27,6	74,0
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	6 037	4,1	2,7	4,2	65,8
Energie- und Wasserversorgung	6 287	-0,6	1,4	8,6	72,2
Hoch- und Tiefbau	6 303	-0,1	1,4	8,8	59,4
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	4 540	6,6	2,8	-21,6	78,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe	5 459	2,4	2,6	-5,7	76,8

großes Gewicht bei der Berechnung der Verdienste von Männern und Frauen insgesamt in dieser Angestelltenkategorie, was den Abstand zu dem Durchschnittsgehalt der kaufmännischen Angestellten insgesamt vergrößert.

Eine Darstellung nach ausgewählten Wirtschaftszweigen zeigt hohe Durchschnittsverdienste im Fahrzeugbau (7 389 DM) und in der chemischen Industrie (7 292 DM). Beide Wirtschaftszweige sind durch einen hohen Anteil von Männern und damit zusammenhängend einen überdurchschnittlich großen Anteil von technischen Angestellten gekennzeichnet.

Gerade umgekehrt stellen sich die Verhältnisse im Handel und im Kredit- und Versicherungsgewerbe dar. Der Frauenanteil ist hoch und der Anteil der technischen Angestellten sehr niedrig (13% im Handel und weniger als 0,5% im Kredit- und Versicherungsgewerbe). Im Handel kommt eine deutlich überproportionale Besetzung der beiden unteren Leistungsgruppen (IV und V) hinzu. Dies führt zu einem Gehaltsniveau im Handel, das im Oktober 2000 mit 4 540 DM um 21,6% unter dem Durchschnitt aller erfassten Wirtschaftszweige lag.

Dr. Hans Herbert Krieg

Rheinland-Pfalz vor der Landtagswahl 2001

Umfangreiche Studie zur Wahlbeteiligung und zum Wählerverhalten

Mit Blick auf die Landtagswahl am 25. März 2001 legt das Statistische Landesamt die neue Publikation „Rheinland-Pfalz vor der Landtagswahl 2001 – Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen“ vor. Mit Hilfe von umfangreichem Datenmaterial und statistischen Auswertungsmethoden wird in dieser Schrift auf die folgenden drei Fragestellungen zum Thema Landtagswahl eingegangen:

- Wie haben die Bürger zurückliegend gewählt, und zwar einerseits – seit 1947 – in Rheinland-Pfalz, andererseits bei den letzten Landtagswahlen – 1999 und 2000 – in den anderen Bundesländern?
- In welchem strukturellen – demographischen, sozialen und ökonomischen – Umfeld fanden die Wahlen statt?
- Welche Zusammenhänge bestehen zwischen den Strukturdaten des Landes und dem Wahlverhalten? – Hier werden zunächst die strukturellen Einflüsse auf die Wahlbeteiligung analysiert. Im Mittelpunkt stehen dann die Beziehungen zwischen den wichtigsten Strukturmerkmalen (Alter, Geschlecht, Siedlungsdichte, Konfession, Erwerbstätigkeit, Bildung) und den Wahlentscheidungen. Ergänzend sind auch die Auswirkungen des Wahlrechts auf das Wählerverhalten kurz angesprochen. Abschließend und gleichsam zusammenfassend wird untersucht, ob sich in „Parteihochburgen“ die – durch Analyse zugunsten einer Partei herauskristallisierten – Strukturkomponenten tatsächlich wiederfinden.

Mit dieser Schrift veröffentlicht das Statistische Landesamt erstmals im Vorfeld einer Wahl eine umfangreiche Studie zur Wahlbeteiligung und zum Wählerverhalten. Dieses Werk soll allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Parteien, Wahlforschern, Medien sowie Instituten Basisinformationen für eigene Untersuchungen, Bewertungen und Schlussfolgerungen zur Verfügung stellen.

Das Buch umfasst 240 Seiten; zur Veranschaulichung der Ergebnisse enthält es mehr als 50 Tabellen, rund 30 Abbildungen und fünf Karten. Zu jedem der sieben Kapitel gibt es ein Literaturverzeichnis, das eine Vertiefung der behandelten Themen ermöglicht. In einem umfangreichen Anhang werden in 30 Tabellen Daten zu den Landtagswahlen seit 1967 zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen des „Bürgerorientierten Informationsdienstes“ kann diese Publikation beim Statistischen Landesamt zum Preis von 17,00 DM bezogen werden.



Rheinland-Pfalz vor der Landtagswahl 2001

Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen



Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz

Band 377 der Reihe „Statistik von Rheinland-Pfalz“ **Betriebsverhältnisse im Weinbau 1999**

Der Weinbau ist in Rheinland-Pfalz der wichtigste Zweig der landwirtschaftlichen Produktion. Mit der Veröffentlichung über die Ergebnisse der Weinbauerhebung 1999 erhalten Interessierte einen umfassenden sowie sachlich und regional tief gegliederten Überblick über die vielfältigen Betriebs- und Produktionsstrukturen im Weinbau. Damit steht erstmals seit 1989 wieder detailliertes Zahlenmaterial unter anderem über die Größenstruktur, die

Rebflächen, die Eigentums- und Pachtverhältnisse, die sozialökonomischen Verhältnisse, die Arbeitskräfte und die Vermarktung in den Weinbaubetrieben zur Verfügung.

Die Ergebnisse wurden für Anbauggebiete und Bereiche zusammengestellt. Ausgewählte Zahlen auf Kreis- und Gemeindeebene ergänzen die Darstellung und ermöglichen regionale Vergleiche.

Der Band 377 umfasst 117 Seiten und kostet 13,50 DM zuzüglich Versandkosten. Die Texte und Tabellen werden in Kürze auch auf Diskette erhältlich sein. Die Diskette wird zum Preis von 30,00 DM zuzüglich Versandkosten angeboten.

Statistisches Landesamt · Vertrieb der Veröffentlichungen · 56128 Bad Ems
Telefon: (0 26 03) 71 - 2 45 · Telefax: (0 26 03) 71 - 3 15 · E-Mail: poststelle@statistik-rp.de

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999			2000			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit									
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 020	4 028	4 032	4 033	4 031
Natürliche Bevölkerungsbewegung									
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 814	1 887	3 435	1 609	1 208	2 935 ^p	2 253 ^p	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,4	5,6	10,4	4,7	3,6	8,6 ^p	6,8 ^p	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 303	3 183	3 476	3 055	2 901
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	9,5	10,5	8,9	8,8
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 559	3 544	3 151	3 499	3 426
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,6	9,5	10,2	10,3
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	14	15	16	17	14
je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	4,3	4,6	4,8	5,4	4,7
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 256	- 361	325	-444	-525
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	- 1,1	1,0	-1,3	-1,6
Wanderungen									
über die Landesgrenze									
Zugezogene	Anzahl	8 967	9 284	10 138	11 257	9 013
Fortgezogene	Anzahl	8 116	8 439	9 391	10 822	9 618
Wanderungssaldo	Anzahl	851	845	747	435	-605
Innerhalb des Landes									
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 867	13 678	13 500	14 506	13 831
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose	Anzahl	156 654	149 361	141 306	140 180	142 886	132 064	127 859	125 226
Männer	Anzahl	88 177	82 051	75 077	74 555	76 701	69 087	66 842	65 447
Ausgewählte Berufsgruppen									
Bauberufe	Anzahl	9 021	7 733	5 921	5 959	6 457	5 574	5 327	5 256
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	46 932	44 070	40 217	39 679	40 632	35 539	34 382	33 822
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,8	8,2	7,7	7,7	7,8	6,8	6,6	6,6
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,7	9,1	8,6	8,5	8,7	7,6	7,3	7,2
Offene Stellen	Anzahl	27 279	29 696	31 438	23 013	21 778	34 520	32 491	26 026
Ausgewählte Berufsgruppen									
Bauberufe	Anzahl	799	961	1 060	929	795	1 034	1 052	929
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 719	6 206	7 188	6 509	6 059	7 042	7 397	7 533
Kurzarbeiter	Anzahl	4 316	4 887	4 490	4 147	3 353	1 220	1 501	1 848
Landwirtschaft									
Schlachtmengen ⁸⁾	t	12 389	12 637	12 537	13 015	14 229	11 666	11 809	12 515
Rinder	t	3 196	3 207	3 143	3 454	4 146	2 658	2 916	3 075
Kälber	t	28	29	22	29	38	21	24	30
Schweine	t	9 045	9 276	9 253	9 407	9 906	8 875	8 748	9 284
Milch									
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 394	63 124	60 543	60 917	57 784	62 527	59 077	59 054
Eier									
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1 000	15 581	14 290	14 061	13 866	14 349	14 060	13 716	13 915
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁹⁾									
Betriebe	Anzahl	2 276	2 275	2 291	2 294	2 293	2 308	2 303	2 299
Beschäftigte	1 000	312	308	309	307 ^r	307	307	305	303
Arbeiter ¹⁰⁾	1 000	200	197	198	197	196	196	194	193
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	26 611	26 090	27 161 ^r	26 745 ^r	27 381	26 119	25 983	25 922
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 711	1 698	1 609 ^r	1 612 ^r	2 301	1 654	1 621	1 639
Löhne	Mill. DM	913	903	866 ^r	875 ^r	1 191	895	861	887
Gehälter	Mill. DM	798	796	743	738 ^r	1 110	759	760	752
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 480	9 478	10 140 ^r	9 700 ^r	10 126	10 023	10 391	10 480
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 876	3 892	4 076 ^r	3 975 ^r	4 154	4 023	4 198	4 403
Exportquote ¹¹⁾	%	40,9	41,1	40,2 ^r	41,0 ^r	41,0	40,1	40,4	42,0

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 11) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	4 311	2 673	1 991 ^f	-	-	-	1 773	-	-
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ¹⁾²⁾	Mill. kWh	9 686	10 093	9 507 ^f	-	-	-	9 270	-	-
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000 t	65	67	55	-	-	-	49	-	-
davon										
leichtes Heizöl	1 000 t	33	35	24	-	-	-	20	-	-
schweres Heizöl	1 000 t	32	32	30	-	-	-	29	-	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 146	1 155	1 208	1 194 ^f	1 215 ^f	1 251	1 181	1 228	1 221
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	165	164	138	161 ^f	204 ^f	110	103	127	150
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	563,52	556,13	412,20	505,25	619,49	406,45	467,56
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	81,99	78,03	35,37	81,92 ^f	78,15	61,93	75,72
übrige Energieträger	Mill. kWh	481,53	478,09	376,83	423,33	541,34	344,52	391,85
Eigenverbrauch	Mill. kWh	23,90	23,66	18,56	19,89	28,12	13,13	11,43
Pumpstromverbrauch	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	539,63	532,47	393,64	485,36	591,36	393,31	456,14
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	80,78	76,85	34,45	80,78	76,84	60,99	74,51
Laufwasser	Mill. kWh	79,92	76,02	34,38	80,62	76,57	60,43	73,69
Speicherwasser	Mill. kWh	0,86	0,83	0,06	0,16	0,27	0,55	0,81
Windenergie	Mill. kWh	0,15	0,23	0,15	0,25	0,16	0,08	0,12
Solarenergie	Mill. kWh	0,03	0,04	0,05	0,03	0,01	0,06	0,04
Kernenergie	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Steinkohle	Mill. kWh	82,34	70,56	68,30	92,71	83,83	0,22	1,63
Erdgas	Mill. kWh	365,99	372,88	284,05	303,48	417,40	315,67	362,51
Heizöl	Mill. kWh	0,61	0,24	0,13	0,08	0,26	0,05	0,05
Müll	Mill. kWh	8,83	11,09	6,05	7,89	12,50	16,07	17,17
Klärgas	Mill. kWh	0,84	0,51	0,41	0,09	0,30	0,17	0,11
Diesel, Raffineriegas	Mill. kWh	0,06	0,07	0,04	0,07	0,07	0,02	0,01
Stromeinspeisung ³⁾	Mill. kWh	23,80	29,82	24,69	28,38 ^f	30,18	82,84	45,03
Saldo des Stromausstauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 573,80	1 596,98	1 667,98	1 711,66 ^f	1 717,64	1 761,27	1 748,94
Stromverbrauch an dem öffentl. Netz ⁴⁾	Mill. kWh	2 137,23	2 159,28	2 086,31	2 225,41	2 339,18	2 237,42	2 250,11
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,49	0,34	0,08	0,18	0,09	0,31	0,43
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 625,12	5 887,86	4 035,04	5 696,86	7 603,98	4 238,08	4 262,65
Verfügbare Gasmenge ⁵⁾	Mill. kWh	5 616,92	5 851,27	3 983,81	5 613,03	7 601,60	4 150,33	4 191,91
Handwerk ⁶⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998=100	100	96	97	-	-	-	95	-	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998=100	100	104	107	-	-	-	103	-	-
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	48 170	47 826	48 716	48 613	48 170	47 971	47 362	46 742	46 122
Facharbeiter	Anzahl	24 837	25 018	25 650	25 578	25 558	24 998	24 799	24 532	24 146
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 962	8 631	8 819	8 787	8 493	8 957	8 594	8 367	8 245
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 887	4 841	5 680	5 531	4 949	6 040	5 655	5 386	5 143
Hochbau insgesamt	1 000	3 163	3 063	3 476	3 425	3 086	3 829	3 541	3 410	3 251
Wohnungsbau	1 000	2 188	2 046	2 288	2 234	2 060	2 702	2 440	2 397	2 219
gewerblicher Hochbau	1 000	741	768	859	878	754	817	842	784	761
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	701	733	823	837	734	782	814	752	726
Bahn und Post	1 000	27	19	18	18	5	9	9	17	24
landwirtschaftlicher Bau	1 000	14	17	18	23	15	26	19	15	11
öffentlicher Hochbau	1 000	234	249	329	313	272	310	259	229	271
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	49	64	89	92	83	69	62	57	66
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	185	185	240	221	189	241	197	172	205
Tiefbau insgesamt	1 000	1 725	1 778	2 204	2 106	1 863	2 211	2 114	1 976	1 892
gewerblicher Tiefbau	1 000	467	468	562	551	488	555	508	509	504
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	372	340	418	401	332	361	333	328	330
Bahn und Post	1 000	95	128	144	150	156	194	175	181	174
öffentlicher Tiefbau	1 000	589	600	746	695	657	733	676	636	621
Straßenbau	1 000	669	710	896	860	718	923	930	831	767
Löhne und Gehälter	Mill. DM	196	200	208	203	238	212	200	200	232
Löhne	Mill. DM	151	153	162	156	180	166	155	154	176
Gehälter	Mill. DM	46	47	46	46	58	46	45	45	56
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	708	716	833	824	817	814	803	787	787

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Von Industriekraftwerken, Anlagen mit erneuerbaren Energien, BHKW und Sonstige. – 4) Einschließlich Übertragungsverlusten im öffentlichen Netz. – 5) Einschließlich Messdifferenzen. – 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 048	1 113	1 098	1 049	901	958	770	637	772
mit 1 Wohnung	Anzahl	762	842	854	782	689	711	576	479	615
mit 2 Wohnungen	Anzahl	197	191	176	196	137	169	139	114	112
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	89	80	68	71	75	78	55	44	45
Umbauter Raum	1 000 m ³	1 135	1 171	1 093	1 070	995	1 032	888	647	799
Wohnfläche	1 000 m ²	199	208	194	194	176	187	159	119	147
Wohnräume	Anzahl	8 835	9 134	8 338	8 479	7 812	8 099	6 787	5 211	6 328
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	487	508	481	461	430	454	380	290	351
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	4	2	4	5	5	3	2	2
Unternehmen	Anzahl	159	193	129	202	137	131	132	121	217
Private Haushalte	Anzahl	885	916	967	843	759	822	635	514	553
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	200	217	209	227	191	244	209	184	193
Umbauter Raum	1 000 m ³	919	1 084	1 093	1 550	669	1 106	1 262	1 152	1 700
Nutzfläche	1 000 m ²	157	176	163	222	119	174	193	179	223
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	190	222	208	207	136	226	228	256	294
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	20	14	18	22	22	47	24	19	18
Unternehmen	Anzahl	170	185	181	193	162	189	177	161	171
Private Haushalte	Anzahl	9	9	10	12	7	8	8	4	4
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 964	1 993	1 706	1 797	1 852	1 787	1 503	1 127	1 357
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 571	3 662	3 596	3 617	3 841	3 870	3 778	4 365	...
EU-Länder	Mill. DM	2 019	2 154	1 997	2 063	2 189	2 017	2 075	2 394	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	246	261	228	247	249	277	275	295	...
Dänemark	Mill. DM	58	58	58	49	59	50	52	73	...
Finnland	Mill. DM	29	26	27	25	23	25	23	29	...
Frankreich	Mill. DM	483	525	477	501	519	477	525	539	...
Griechenland	Mill. DM	27	28	22	29	31	37	28	43	...
Großbritannien	Mill. DM	293	308	289	301	324	270	253	327	...
Irland	Mill. DM	16	18	13	14	16	18	18	16	...
Italien	Mill. DM	248	289	286	289	330	215	283	356	...
Niederlande	Mill. DM	221	211	191	198	189	216	180	237	...
Österreich	Mill. DM	156	146	127	155	146	171	141	181	...
Schweden	Mill. DM	57	69	66	67	69	59	79	65	...
Spanien	Mill. DM	156	180	172	151	195	170	184	198	...
Portugal	Mill. DM	28	35	41	35	39	28	34	35	...
USA und Kanada	Mill. DM	277	292	287	301	294	358	301	386	...
Japan	Mill. DM	72	76	97	84	89	109	97	134	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	482	448	491	433	477	562	531	590	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	361	342	355	345	368	391	364	426	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 650	2 545	2 319	2 575	2 604	2 844	2 822	3 287	...
EU-Länder	Mill. DM	1 686	1 581	1 322	1 604	1 611	1 684	1 814	2 049	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	325	242	201	243	258	305	362	389	...
Dänemark	Mill. DM	48	52	52	81	48	89	76	38	...
Finnland	Mill. DM	12	14	8	14	10	11	11	10	...
Frankreich	Mill. DM	390	391	358	418	368	382	354	463	...
Griechenland	Mill. DM	3	4	11	2	3	1	2	3	...
Großbritannien	Mill. DM	128	118	111	103	106	95	129	110	...
Irland	Mill. DM	21	16	12	13	14	14	26	28	...
Italien	Mill. DM	193	201	158	179	158	172	160	211	...
Niederlande	Mill. DM	289	287	220	287	353	405	393	468	...
Österreich	Mill. DM	96	83	94	88	75	83	75	93	...
Schweden	Mill. DM	48	43	22	49	64	19	90	68	...
Spanien	Mill. DM	106	106	65	103	130	72	98	134	...
Portugal	Mill. DM	27	25	9	22	23	35	38	34	...
USA und Kanada	Mill. DM	200	189	175	171	174	215	186	229	...
Japan	Mill. DM	88	79	67	64	76	65	57	73	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	172	180	172	186	228	191	217	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	224	261	294	284	293	351	306	405	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	91,5	90,7	91,4	92,8	92,3	93,6	96,2	96,8
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	105,9	101,0	98,3	99,9	101,5	100,8	101,8	105,6	107,4
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,6	97,3	92,0	96,9	99,8	99,9	98,3	104,6	108,5
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,8	96,7	96,1	98,6	98,1	98,0	97,8	97,4	97,6
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	104,7	108,3	118,6	118,3	121,5	117,5	123,4	127,8	124,5
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	93,5	86,6	88,9	88,0	86,0	87,5	87,0	86,7	84,1
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	101,3	88,8	88,1	86,7	85,8	87,9	85,8	85,5	83,8
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,7	99,3	113,4	115,0	114,0	112,5	115,7	111,4	101,0
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1 000	536	570	868	880	487	807	943	882	529
Ausländer	1 000	107	113	151	142	94	186	163	149	96
Übernachtungen	1 000	1 671	1 753	2 572	2 650	1 314	2 701	2 752	2 685	1 414
Ausländer	1 000	314	333	418	397	254	643	443	430	257
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 343	1 285 ^f	1 320 ^f	1 371 ^f	1 365 ^f	1512
Güterversand	1 000 t	703	721 ^f	781 ^f	835 ^f	801 ^f	879
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 350	19 005	19 589	17 267	15 401	16 524	15 542	15 774	15 177
Krafträder	Anzahl	1 339	1 271	879	394	224	1 002	567	361	184
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 728	16 370	17 263	15 625	13 829	13 959	13 663	14 073	13 623
Lastkraftwagen	Anzahl	903	954	1 122	945	1 059	949	986	1 044	1 058
Zugmaschinen	Anzahl	232	240	191	175	148	190	197	189	175
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 493	1 617	1 922	1 684	1 453	1 899	1 793	1 618	1 467 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 110	8 701	8 798	9 329	10 035	8 855	8 602	9 204	9 453 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 016	2 178	2 619	2 282	1 952	2 583	2 401	2 187	1 971 ^p
Getötete	Anzahl	32	32	45	37	32	32	35	29	17 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	19	20	29	23	23	13	22	18	8 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	11	7	1	11	6	3	4 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	2	-	3	1	3	2	3	1 ^p
Fußgänger	Anzahl	4	3	1	3	7	2	4	4	3 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	467	496	556	492	429	617	501	451	404 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	258	263	240	305	271	268	247	272	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	96	106	160	86	44	185	143	85	...
Radfahrer	Anzahl	47	55	72	37	28	88	43	35	...
Fußgänger	Anzahl	47	49	35	44	61	49	49	45	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen	Anzahl	117	94	106	82	117	140	149	148	177
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	101 682	67 332	57 451	49 868	113 305	113 838	114 990	88 120	185 164

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlungspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Kredite und Einlagen ^{1) 2)} (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	·	·	191 872	·	·	·	203 752	·	·
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	·	·	25 954	·	·	·	26 295	·	·
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	·	·	20 169	·	·	·	19 890	·	·
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	·	·	145 749	·	·	·	156 937	·	·
Kredite an inländische Nicht- banken	Mill. DM	·	·	183 278	·	·	·	192 074	·	·
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	·	·	163 599	·	·	·	172 159	·	·
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	·	·	19 679	·	·	·	19 915	·	·
Kredite an ausländische Nicht- banken	Mill. DM	·	·	8 594	·	·	·	11 678	·	·
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	·	·	142 360	·	·	·	149 002	·	·
Sichteinlagen	Mill. DM	·	·	28 994	·	·	·	30 969	·	·
Termineinlagen	Mill. DM	·	·	39 719	·	·	·	48 462	·	·
Sparbriefe	Mill. DM	·	·	10 820	·	·	·	10 522	·	·
Spareinlagen	Mill. DM	·	·	62 827	·	·	·	59 049	·	·
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	·	·	137 572	·	·	·	143 064	·	·
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	·	·	132 978	·	·	·	131 271	·	·
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	·	·	4 594	·	·	·	11 793	·	·
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	·	·	4 788	·	·	·	5 938	·	·
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 642	3 955	4 056	3 350	4 240	4 329	4 715	3 425	5 181
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 439	1 621	1 788	892	1 587	1 611	1 909	1 024	1 544
Lohnsteuer	Mill. DM	1 133	1 195	884	900	1 481	1 571	891	884	1 541
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	Mill. DM	188	157	–	–	591	629	–	–	647
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	23	62	487	– 59	– 51	– 83	502	– 82	– 116
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	117	84	31	56	30	25	53	179	14
Zinsabschlag	Mill. DM	46	45	11	15	60	88	22	25	87
Einnahmen aus der Zinsab- schlagzerlegung	Mill. DM	22	20	–	–	45	70	–	–	58
Körperschaftsteuer	Mill. DM	120	234	375	– 21	68	10	442	19	18
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	Mill. DM	8	31	–	–	117	– 8	–	–	67
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 203	2 334	2 268	2 458	2 652	2 718	2 807	2 401	3 637
Umsatzsteuer	Mill. DM	707	760	735	798	819	710	686	748	742
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 496	1 573	1 533	1 660	1 833	2 008	2 121	1 653	2 895
Zölle	Mill. DM	200	185	197	196	207	209	246	227	235
Bundessteuern	Mill. DM	230	238	245	213	202	246	278	257	230
Verbrauchssteuern (ohne Bier- steuer)	Mill. DM	152	155	137	157	148	186	162	193	178
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	66	71	97	46	43	48	105	53	41
Landessteuern	Mill. DM	128	139	146	113	128	126	132	123	119
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	6	5	6	4	5	7	3
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	68	61	55	52	52	57	55	58	53
Biersteuer	Mill. DM	7	7	8	7	6	6	8	6	6

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	787	783	710	-	-	-	791	-	-
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	11	-	-	-	20	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	161	167	186	-	-	-	181	-	-
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	532	521	430	-	-	-	519	-	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	66	71	68	-	-	-	56	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 974	2 165	2 208	1 886	2 256	2 334	2 572	2 219	2 513
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	630	713	791	382	683	689	849	451	660
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 103	1 205	1 171	1 269	1 371	1 398	1 445	1 486	1 621
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 113	1 186	1 226	893	1 155	1 092	1 203	1 002	1 124
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	565	620	704	292	599	563	756	358	562
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	387	399	374	414	426	399	315	434	440
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 180	1 229	1 076	-	-	-	1 179	-	-
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. DM	406	405	310	-	-	-	392	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	471	503	433	-	-	-	457	-	-
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	48	58	53	-	-	-	57	-	-
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	104,1	104,8	105,0	104,9	105,1	107,2	107,6	107,4	107,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	100,2	99,9	100,1	100,8	100,5	100,5	100,9
Löhne und Gehälter ³⁾										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 491	4 586	-	4 641	-	-	-	...	-
Arbeiter	DM	4 641	4 731	-	4 791	-	-	-	...	-
Arbeiterinnen	DM	3 336	3 422	-	3 436	-	-	-	...	-
Bruttostundenverdienste	DM	26,96	27,58	-	27,74	-	-	-	...	-
Arbeiter	DM	27,76	28,36	-	28,52	-	-	-	...	-
Facharbeiter	DM	29,58	30,33	-	30,54	-	-	-	...	-
Angelernte Arbeiter	DM	26,60	27,10	-	27,22	-	-	-	...	-
Hilfsarbeiter	DM	22,85	23,04	-	22,99	-	-	-	...	-
Arbeiterinnen	DM	20,65	21,17	-	21,24	-	-	-	...	-
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,76	20,09	-	20,12	-	-	-	...	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,3	38,2	-	38,5	-	-	-	...	-
Arbeiter	Std.	38,4	38,3	-	38,7	-	-	-	...	-
Arbeiterinnen	Std.	37,1	37,2	-	37,2	-	-	-	...	-
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 349	6 491	-	6 532	-	-	-	...	-
Kaufmännische Angestellte	DM	5 857	5 975	-	6 019	-	-	-	...	-
Männer	DM	6 763	6 884	-	6 927	-	-	-	...	-
Frauen	DM	4 807	4 916	-	4 962	-	-	-	...	-
Technische Angestellte	DM	6 722	6 892	-	6 932	-	-	-	...	-
Männer	DM	6 886	7 055	-	7 095	-	-	-	...	-
Frauen	DM	5 183	5 390	-	5 425	-	-	-	...	-
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 586	4 706	-	4 739	-	-	-	...	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 562	4 690	-	4 723	-	-	-	...	-
Männer	DM	5 212	5 308	-	5 316	-	-	-	...	-
Frauen	DM	3 934	4 082	-	4 127	-	-	-	...	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1999.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 029	82 087	82 117	82 143	82 163
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	34 785	35 841 ^p	46 897 ^p	67 005 ^p	33 609 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	65 420	63 914 ^p	68 635 ^p	69 677 ^p	61 044 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 032	70 343 ^p	66 916 ^p	64 273 ^p	65 043 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 5 612	- 6 428 ^p	1 719 ^p	5 404 ^p	- 3 999 ^p
Arbeitslose	1 000	4 279	4 099	4 024	3 943	3 883	3 804	3 781	3 685	3 611
Männer	1 000	2 273	2 160	2 057	2 013	1 980	1 971	1 949	1 899	1 862
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	11,1	10,5	10,3	10,1	9,9	9,3	9,3	9,0	8,9
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	12,3	11,7	11,4	11,2	11,0	10,3	10,2	10,0	9,8
Offene Stellen	1 000	422	456	479	458	431	553	544	525	491
Kurzarbeiter	1 000	118	119	88	86	90	66	62	66	66
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 405	6 368	6 400	6 409	6 386	6 400	6 429	6 432	6 425
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	537	527	488	546	544	509	510	533	539
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	189 235	194 982	179 832	216 978	204 462	206 425	206 634	228 403	222 390
Auslandsumsatz	Mill. DM	62 764	66 608	58 987	74 660	69 746	75 008	72 599	84 010	82 117
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	109,3	111,4	102,4	120,9	118,4 ^f	114,9	112,5	125,5 ^f	124,6
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	109,5	112,5	106,2	121,5	119,2 ^f	117,2	115,4	122,8 ^f	124,1
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	113,9	114,2	101,7	126,5	119,8 ^f	120,1	117,2	139,9 ^f	131,9
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	108,9	113,4	90,6	125,6	126,1 ^f	113,3	100,4	129,3 ^f	131,5
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	102,6	98,5	107,7	109,9 ^f	100,6	102,8	106,2 ^f	109,9
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 084	41 201	37 174	38 928 ^f	41 738 ^f
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 403	32 097	27 652	26 856 ^f	33 817 ^f	29 383	28 204	27 212	...
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 156	1 110	1 140	1 138	1 134	1 065 ^f	1 068 ^f	1 064 ^f	1 054
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	116	113	119	134	128	114 ^f	116 ^f	119 ^f	115
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	16 741	16 915	18 126	19 712	19 698	17 146 ^f	17 529 ^f	17 617 ^f	17 613
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 364	19 459	21 150	19 888	20 707	17 352	16 732	14 884	14 116
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 594	17 977	19 781	18 500	19 185	16 125	15 554	13 716	13 115
Wohnfläche	1 000 m ²	3 521	3 403	3 568	3 458	3 568	2 985	2 909	2 644	2 487
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 622	3 442	3 837	3 659	3 627	3 642	3 740	3 397	3 309
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	39 809	36 465	36 874	36 913	37 251	30 789	30 014	27 651	25 855
Handel und Gastgewerbe ⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	104,0	96,3	99,3	104,8	102,6	101,5	101,0	104,9
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	102,8	99,7	110,2	106,8	105,0	112,5	116,6	121,6
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	95,1	96,0	104,9	107,3	103,1	103,8	105,1	109,7	102,6

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	79 597	83 124	74 882	83 080	86 345	97 228	92 216	95 668	111 280
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	44 983	47 816	42 919	47 195	48 927	53 681	48 765	53 268	62 314
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 524	4 697	4 576	4 696	4 893	5 028	4 884	5 075	5 639
Frankreich	Mill. DM	8 825	9 547	8 213	9 466	9 520	9 142	9 518	10 785	13 001
Großbritannien	Mill. DM	6 780	7 029	6 864	7 285	7 258	6 040	7 701	7 718	8 846
Italien	Mill. DM	5 878	6 248	4 815	6 034	6 310	6 099	5 827	7 230	8 567
Niederlande	Mill. DM	5 576	5 599	5 295	5 105	5 525	7 261	5 946	5 895	6 797
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	69 017	72 496	68 549	71 893	74 940	86 882	87 688	88 545	99 033
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 670	39 060	37 157	36 450	39 534	44 923	44 442	44 268	51 172
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 870	3 729	3 912	3 738	4 235	4 705	4 242	4 270	4 959
Frankreich	Mill. DM	7 410	7 425	6 924	6 888	7 599	11 092	7 442	7 451	9 570
Großbritannien	Mill. DM	4 724	5 013	4 563	5 656	5 439	7 802	6 199	6 433	6 527
Italien	Mill. DM	5 376	5 396	5 327	4 858	5 096	7 638	5 274	5 412	6 551
Niederlande	Mill. DM	5 785	5 882	5 903	5 440	6 503	6 050	7 218	8 185	8 744
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	50 061	53 301	45 015	65 350	42 418	47 660	44 054	68 649	44 033
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 353	30 056	20 899	43 663	18 517	22 787	21 074	46 926	19 040
Lohnsteuer	Mill. DM	21 523	21 809	21 018	19 200	19 053	23 685	21 054	19 830	19 539
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	926	1 774	- 2 026	10 975	- 1 829	- 2 691	- 2 635	11 912	- 1 612
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 851	22 354	23 322	21 666	21 985	22 884	22 269	21 722	22 998
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 974	18 189	19 016	17 559	17 917	17 595	16 817	16 145	17 176
Zölle	Mill. DM	540	519	536	542	498	525	554	600	581
Bundessteuern	Mill. DM	10 876	11 773	12 006	11 870	10 108	11 792	12 351	12 652	11 477
Versicherungssteuer	Mill. DM	1 163	1 160	1 671	619	630	662	1 695	668	628
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 996	8 774	8 978	8 732	8 299	9 612	9 314	9 208	9 608
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1991 = 100	103,6	102,8	103,7	103,4	103,3	111,1	110,8	112,0	112,6
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1991 = 100	87,1	82,7	84,0	83,8	82,9	90,0	90,1	89,5	90,9 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	99,5	98,5	98,8	98,9	99,1	102,0	102,3	103,2	103,7
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,7	98,4	98,4	-	-	-	98,7	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	98,7	98,4	98,4	-	-	-	98,7	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,7	95,5	95,5	-	-	-	98,1	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,3	104,9	105,3	105,1	105,0	107,4	107,2	107,7	107,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	100,7	100,2	99,9	101,4	100,8	100,5	100,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	104,7	106,0	105,5	105,5	107,4	107,3	107,4	107,5	107,6
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,5	101,8	101,5	101,9	102,0	101,6	101,3	102,0	102,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	106,0	107,4	107,9	108,0	107,9	110,8	111,2	112,6	112,8
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,8	102,1	102,1	102,1	102,1	102,0	101,9	102,0	102,1
Gesundheitspflege	1995 = 100	114,4	110,6	110,7	110,7	110,7	111,0	111,1	111,2	111,3
Verkehr	1995 = 100	104,7	107,6	109,2	109,3	109,8	114,6	114,1	115,6	114,7
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,3	88,2	87,5	87,5	87,4	84,0	84,0	83,9	83,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,1	103,4	104,8	103,5	102,0	106,4	105,8	104,8	103,2
Bildungswesen	1995 = 100	112,9	117,5	117,3	117,8	117,8	118,8	119,3	119,9	119,9
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	103,6	104,9	107,7	105,2	105,1	108,9	109,0	106,4	106,5
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,8	104,5	104,5	104,5	104,8	106,6	106,9	107,0	107,3

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

Statistisches Bundesamt schreibt Gerhard-Fürst-Preis 2001 aus

Auch in diesem Jahr lobt das Statistische Bundesamt den Gerhard-Fürst-Preis für Dissertationen bzw. Diplom-/Magisterarbeiten aus, die theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder empirische Fragestellungen unter Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Es kann sich dabei ebenso um Arbeiten aus der theoretischen Statistik oder aus der Wirtschafts- und Sozialstatistik handeln wie um wirtschaftswissenschaftliche oder sozialwissenschaftliche Abhandlungen. Mit der Vergabe dieses Preises soll die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik und die Beschäftigung mit Fragen der amtlichen Statistik im Rahmen der universitären Ausbildung intensiviert werden.

Der Preis ist mit 5 000 Euro für eine Dissertation bzw. mit 2 500 Euro für eine Examensarbeit dotiert. Darüber hinaus können prämierte Arbeiten – ggf. auszugsweise – in der Veröffentlichungsreihe des Statistischen Bundesamtes „Spektrum Bundesstatistik“ publiziert werden. In jedem Fall sollen die Preisträger über ihre Arbeit einen Artikel in der monatlich erscheinenden Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichen.

In Ausnahmefällen können die Preisgelder auch zwischen mehreren preiswürdigen Arbeiten geteilt werden. Das mit der Bewertung der eingereichten Arbeiten beauftragte Gutachtergremium, dem Professor Hans Wolfgang Brachinger von der Universität Fribourg in der Schweiz, Professor Richard Hauser von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Professor Ullrich Heilemann vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, Professor Johannes Huinink von der Universität Rostock, Professor Walter Müller von der Universität Mannheim und Professor Werner Neubauer von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main angehören, hat die Möglichkeit, sehr gute Arbeiten, die dem hohen Anspruch des Preises nicht voll gerecht werden, mit einem Förderpreis auszuzeichnen. Es kann mit der Preisverleihung aussetzen, wenn ihm keine der eingereichten Arbeiten prämiierungswürdig erscheint.

Im vergangenen Jahr haben die Gutachter entschieden, den Gerhard-Fürst-Preis in der Abteilung „Dissertationen“ aufzuteilen. Die Juroren befanden die Arbeiten von Werner Bönte „Der Einfluß industrieller Forschung und Entwicklung auf die Produktivitätsentwicklung in der deutschen Industrie“ (Universität Ham-

burg) und von Klaus Eberl „Theorie und Empirie der Geldnachfrage: Eine saisonale Kointegrationsanalyse liquiditätsorientierter Geldmengen“ (Katholische Universität Eichstätt) gleichermaßen für preiswürdig. Daneben wurde die Dissertation von Leontine von Kulmiz zum Thema „Die geringere Entlohnung weiblicher Arbeitnehmer, Lohndifferenzierung oder Lohndiskriminierung?“ (Johannes Gutenberg-Universität Mainz) mit einem Förderpreis ausgezeichnet.

In der Abteilung „Diplom- und Magisterarbeiten“ wurde die Arbeit „Potentiale der Nutzung von Ausgabedaten in der empirischen Armutsforschung – Bedarfschätzung und Messung von Armut auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993“ (Universität Bielefeld) von Henning Lohmann prämiert.

Die Preise wurden am 23. November 2000 auf dem gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Wiesbaden veranstalteten 9. Wissenschaftlichen Kolloquium zum Thema „Familien und Haushalte in Deutschland – Statistische Grundlagen, wissenschaftliche Erkenntnisse“ verliehen.

Für den Gerhard-Fürst-Preis 2001 in Frage kommende deutsch- oder englischsprachige Arbeiten können ausschließlich von den sie betreuenden Wissenschaftlern für eine Prämierung vorgeschlagen werden. Sie müssen dazu in den beiden davor liegenden Jahren mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sein (dies muss aus den eingereichten Unterlagen hervorgehen) und dürfen nicht bereits anderweitig für eine Prämierung eingereicht oder ausgezeichnet worden sein. Hierüber muss eine schriftliche Erklärung des Autors bzw. der Autorin abgegeben werden. Eine vorherige (Teil-)Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus. Die Urheberrechte bleiben unberührt.

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit eine kurze Begründung des vorschlagenden Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf des Autors oder der Autorin und eine schriftliche Erklärung, dass mit der Arbeit kein geistiges Eigentum verletzt wurde und jede verwendete Literatur angegeben ist, sofern eine derartige Erklärung nicht bereits in der eingereichten Arbeit enthalten ist.

Die vorgeschlagene Arbeit muss fünffach und die übrigen Unterlagen müssen in neunfacher Ausfertigung bei folgender Adresse eingereicht werden:

kurz + aktuell

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung in der
Bundesstatistik
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Abweichend von dieser Vorgabe ist es ausreichend, die Examens- bzw. Doktorarbeit nur einfach einzureichen, wenn der Text zusätzlich als unter Windows verarbeitbare Datei zur Verfügung gestellt werden kann. Die eingereichten Unterlagen werden nicht zurückgegeben. Die Einreichungsfrist endet am 31. März

2001. Themenvorschläge für zukünftig zu bearbeitende Examens- und Doktorarbeiten können u. a. dem Forschungs- und Entwicklungsplan des Statistischen Bundesamtes entnommen werden, der im Internet abgerufen werden kann (www.statistik-bund.de). Selbstverständlich sind aber auch andere Themen möglich.

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter Tel.: (06 11) 75-26 95, E-Mail: institut@statistik-bund.de.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung			
Steuerart	1999	2000	Veränderung
	Mill. DM		%
Landessteuern	1 668,0	1 568,0	- 6,0
Vermögensteuer	65,4	61,0	- 6,8
Erbschaftsteuer	305,4	231,9	- 24,0
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	213,9	172,8	- 19,2
Kraftfahrzeugsteuer	736,5	736,3	- 0,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	234,4	259,0	10,5
Feuerschutzsteuer	25,6	24,1	- 5,9
Biersteuer	86,8	82,9	- 4,5
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	7 434,5	7 324,2	- 1,5
Lohnsteuer	5 133,7	5 166,7	0,6
Veranlagte Einkommensteuer	308,1	308,5	0,1
Kapitalertragsteuer	404,1	434,7	7,6
Zinsabschlag	235,1	271,4	15,4
Körperschaftsteuer	1 353,5	1 142,9	- 15,6
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	4 791,4	4 902,2	2,3
Umsatzsteuer	3 671,5	3 423,1	- 6,8
Einfuhrumsatzsteuer	1 119,9	1 479,1	32,1
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	101,1	120,3	18,9
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	48,0	57,0	18,7
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	154,4	183,6	18,9
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	37,3	44,3	18,9
Insgesamt	14 234,6	14 199,6	- 0,2

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 2000		
Indexbezeichnung	1995 = 100	Veränderung zu 1999 in %
Früheres Bundesgebiet ¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	106,9	2,0
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke		
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	101,2	-0,5
Bekleidung, Schuhe	107,8	1,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	102,4	0,3
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	110,4	3,3
Gesundheitspflege	102,4	0,1
Verkehr	110,3	0,3
Nachrichtenübermittlung	113,5	5,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	84,3	-4,2
Bildungswesen	104,2	1,0
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	118,4	1,4
Andere Waren und Dienstleistungen	106,1	1,2
	106,7	2,3
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	106,5	1,7
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	106,2	1,6
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	107,1	1,7
Deutschland ²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	106,9	1,9

1) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1. in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft DM 3,80 Jahresabonnement DM 43,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71-245, Telefax (0 26 03) 71-315, E-Mail: poststelle@statistik-rp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2001 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.